



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 13.

Berlin, den 30. Juni 1918.

13. Jahrgang.

Nur das Schwert.

Wenn der Reichstag zusammen ist, hoffen viele, daß von dort aus Friedensmöglichkeiten angebahnt werden. Geredet ist auch genug worden. Es wurde sogar im Vorjahre eine Resolution beschloffen, die einem Verständigungsfrieden das Wort redet, eine Resolution, die nicht Fisch und nicht Fleisch ist, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker wohlweislich umgeht. Der Mitwelt wurde einzureden versucht, daß die Regierung auf diese Resolution eingeschworen sei. Man hat auch glauben gemacht, die erfolgten Friedensschlüsse bauten sich auf diese Resolution auf. Und es gab und gibt tatsächlich heute noch Leute, die sich das einreden lassen und die es auch anderen einzureden versuchen, genau so wie sie behaupten, wir führten immer noch einen Verteidigungskrieg. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Mächtige Interessengruppen machen ihren Einfluß geltend. Sie verlangen ein größeres Deutschland im kapitalistischen Interesse. Diesem Verlangen nach Ausdehnung der wirtschaftlichen Machtsphäre steht ein Friede der Verständigung der Völker auf der Basis, daß keinerlei Annexionen und Kontributionen vorgenommen werden, im Wege. Und so laufen diese wirtschaftlichen Interessengruppen Sturm gegen alles, was ihnen hindernd im Wege steht. Sie können das um so leichter, als sie über einen großen Machtapparat verfügen. Alle Mittel sind recht. Ihr Ziel ist die völlige Niederwerfung der Gegner, um ihnen die Bedingungen zu diktieren. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern treten diese Weltmachtpolitiker in die Erscheinung, heute mehr denn je. Das führt aber zu endloser Verlängerung des Krieges, zum Weißbluten und zur Erschöpfung aller.

Wie die Machtverhältnisse in Deutschland geartet sind, wird besonders hell beleuchtet durch die letzten Vorgänge im Reichstag. Der Minister des Auswärtigen, Herr v. Kühlmann, sprach am Montag zu seinem Ressort. Er schilderte die Lage. In seinem diplomatischen Eiertanz, den er ausführte, entglitt dem Gehege seiner Zähne ein Satz, der zu einer Art Sensation wurde. Herr v. Kühlmann sagte, solange man nicht „ein gewisses Maß von Vertrauen in die Anständigkeit und Ritterlichkeit“ habe und „jede Anregung des anderen als Friedensoffensive, als falsche Unternehmung, um zwischen Verbündeten Zwietracht zu säen“ auffasse, sei „nicht abzusehen, wie irgendwie ein Gedankenaustausch eingeleitet werden soll“. Ohne einen solchen Gedankenaustausch aber werde „bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ein absolutes Ende kaum zu erwarten“ sein.

Damit hatte Herr v. Kühlmann sich bei den Annexionspolitikern und Anhängern des Gewaltfriedens arg in die Nesseln gesetzt. Und nun begann die Attacke gegen ihn. Ein Kesseltreiben hub an. Graf Westarp ging zuerst zum Angriff über. Herr v. Kühlmann habe das Vertrauen in die Siegeszuversicht der Truppen und des Volkes erschüttert. Antideutsche Blätter erklärten, Herr v. Kühlmann sei Pessimist, glaube nicht an den Sieg der deutschen Waffen. Es gäbe nichts „Verbrecherisches“ als diese Erklärung, sagte die „Kreuzzeitung“. Geradezu an Landesverrat grenzend wurde diese Kühlmannsche Äußerung bezeichnet. Und tags darauf konzentrierte sich Herr v. Kühlmann rückwärts und erklärte, ganz der Meinung Westarps zu sein. Das half ihm nicht viel. Stresemann als Vertreter der Nationalliberalen feuerte seine Geschosse nur um so stärker auf Kühlmann ab, obgleich anfangs der Reichstanzler seinem Staatssekretär nach Möglichkeit etwas zu helfen suchte, aber in vorsichtiger Weise von ihm abrückte. Die Situation ist durch diesen Vorgang noch klarer erhellt worden wie vor-

dem, trotz aller Reichstagsresolutionen. Und da gibt es immer noch Leute, die diese Resolution als das Regierungsprogramm von heute hinzustellen versuchen. Dazu gehören auch die Herren Regierungssozialisten, die die Tatsachen verschleiern, um nicht den Bankrott ihrer ganzen Politik eingestehen zu müssen.

Wir sind anderer Meinung. Es gilt, klar und nüchtern den wirklichen Machtverhältnissen ins Auge zu sehen und daraus die Schlüsse zu ziehen, die gezogen werden müssen.

Welche Nutzenwendungen aus dieser Situation zu ziehen sind, hat Genosse Haase am Schlusse seiner die Sachlage beleuchtenden Rede im Reichstage klar und deutlich ausgesprochen.

Oesterreich-Ungarisches.

Die Organisation der Lebensmittelversorgung Oesterreichs hat eine helle Beleuchtung erfahren durch die in letzter Zeit bekannt gewordenen Tatsachen. Verhältnismäßig plötzlich wurde der Wiener Bevölkerung bekannt gegeben, daß die Brotration von 1260 Gramm wöchentlich auf die Hälfte also auf 630 Gramm herabgesetzt werden müsse und daß ferner nur $\frac{1}{2}$ Pfund Kartoffeln pro Woche und Kopf gegeben werden könne, was soviel bedeutet, daß es gar keine Kartoffeln gibt. Es war natürlich, daß diese Einschränkung der Brot- und Kartoffelration unter der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen würde. Diese Erregung richtete sich in erster Linie gegen die Regierung, der man mangelnde Voraussicht und wenig Organisationsfähigkeit vorwarf.

Am schlimmsten wurde wie immer die Arbeiterbevölkerung von dieser neuerlichen Einschränkung der Ernährungsweise betroffen: Die Vertretung der Wiener Arbeiter, der Arbeiterrat, nahm zu der Gesamtlage Stellung und beschloß mit allen gegen 4 Stimmen folgende Erklärung:

1. Der Arbeiterrat fordert die baldigste Wiederherstellung der vollen Brot- und Kartoffelration und, solange dies nicht möglich ist, die Gewährung von ausgiebigen Zubehören anderer Lebensmittel. Infolge des Mangels an rationierten Lebensmitteln muß den Arbeitern die Möglichkeit geboten werden, andere Lebensmittel zu kaufen. Zu diesem Zwecke ist eine angemessene Erhöhung der Arbeitslöhne

erforderlich. Andererseits ist infolge der Schwächung der Arbeiter durch die dauernde Unterernährung die Gewährung von Arbeitserleichterungen,

die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schwächung des Lohnkommens notwendig. Dies gilt insbesondere für diejenigen Betriebe, in denen noch Nachtarbeit und Überstunden geleistet werden müssen, und für die kontinuierlichen Betriebe, in denen noch die zwölfstündige Arbeitszeit besteht. Der Arbeiterrat fordert den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und die zuständigen Gewerkschaften auf, die bereits eingeleiteten Verhandlungen über diese Forderungen fortzusetzen.

2. Der Arbeiterrat stellt fest, daß eine wesentliche und dauernde Verbesserung der Ernährungsverhältnisse nicht möglich ist, solange der Krieg fort-dauert. Ohne die großen Hindernisse, die im gegenwärtigen Augenblick allen Friedensbemühungen entgegenstehen, zu unterschätzen, erneuert der Arbeiterrat die Forderung nach dem baldigsten allgemeinen Frieden.

Der Arbeiterrat fordert daher, daß sich die österreichisch-ungarische Regierung nicht nur bereit zeige, jederzeit in Verhandlungen über den allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und über die Gründung einer Liga der Nationen einzutreten, sondern daß sie sich auch bereit erkläre, selbst möglichst bald die Verhandlungen der feindlichen Länder zu Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage einzuladen. Der Arbeiterrat beauftragt den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, diese Forderung unverzüglich dem Minister des Auswärtigen vorzulegen.

3. Der Arbeiterrat protestiert gegen den Plan, das Parlament zur Seite zu stoßen und den Absolutismus des § 14 wieder aufzurichten. Der Arbeiterrat fordert die

sofortige Einberufung des Parlaments.

Er beauftragt den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, diese Forderung unverzüglich dem Ministerpräsidenten vorzulegen.

4. Der Arbeiterrat verlangt die bindende Zusicherung der Regierung und der Militärverwaltung, daß wegen der gegenwärtigen Bewegung keinerlei Maßregelungen statfinden werden.

Im Verfolg der Beschlüsse des Arbeiterrats verhandelte eine Kommission mit der Regierung und den Unternehmern. An den Beratungen nahmen teil Ministerpräsident Dr. Seidler, der Eisenbahn-, Finanz- und Ernährungsminister, der Minister für soziale Fürsorge und der Minister des Innern.

Die politischen Forderungen wurden dem Minister des Auswärtigen, Graf Burian, vorgebracht.

Hierüber berichtet das Wollfsche Telegraphenbüro: In Ausführung des Punktes 2 der Beschlüsse des Wiener Arbeiterrats vom 18. d. Mts. haben sich heute die Reichstagsabgeordneten Hanusch und Seber sowie der Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“, Austerlitz, beim Minister des Auswärtigen eingefunden. Unter Schilderung der gegenwärtigen Lage der Arbeiterschaft und ihrer Stimmung haben sie die bringende Notwendigkeit betont, eine rasche Verbesserung der Ernährungsverhältnisse herbeizuführen. Anschließend hieran haben sie das Programm der Arbeiterschaft in der Friedensfrage dahin zusammengefaßt, daß diese auf baldigste Erreichung des allgemeinen Verständigungsfriedens, gegebenenfalls auf eine von der Regierung ausgehende Initiative und auf die Schaffung einer Liga der Nationen hinauslaufe.

Hierauf führte Graf Burian in der Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen, was er hierauf mitzuteilen in der Lage sei, aus:

Er sei sich der großen Bedeutung der Ernährungsfrage bewußt, welcher er seine vollste Aufmerksamkeit und Sorgfalt schenke. Er sei daher stets bemüht, die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich über die gegenwärtige Lebensmittelversorgung tatkräftig zu fördern, es geschehe auch unsererseits jetzt alles, um von unseren Verbündeten jene Unterstützung zu erlangen, die es uns erleichtern solle, über die schwere, aber glücklicherweise nur noch kurze Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzukommen. Was die

Frage des Friedens anbelange, so habe unsere Politik keine Veränderung erfahren. Nach wie vor sei der Krieg, den wir führen, ausschließlich ein Verteidigungskrieg. Es liege uns ganz fern, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern, um irgendwelche Eroberungen zu machen oder imperialistische Ziele zu erreichen. Wenn sich bei unseren Gegnern Geneigtheit zu Verhandlungen zeigen sollte, so würden sie uns stets bereit finden, in Besprechungen einzutreten und einen für beide Teile annehmbaren Frieden zu schließen. Auch bei uns bestünde der Wunsch, mitzuarbeiten an der Herstellung solcher Beziehungen zwischen den Völkern, welche eine Herabminderung der Rüstungslasten ermöglichen und die Gefahr künftiger Kriege vermindern würden.

Wir würden, so führte der Minister weiter aus, alles tun und nichts unterlassen, was auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg zur Herbeiführung der Friedensverhandlungen dienlich sein könnte. Um den geeigneten Augenblick hierfür wahrzunehmen, verfolgen wir sorgfältig die Entwicklung der Stimmung in den feindlichen Ländern. Solange aber unsere Gegner, wie es gegenwärtig leider der Fall ist, noch keine Bereitwilligkeit zeigen, auf ernste Besprechungen einzugehen, sind wir gezwungen, uns zu verteidigen und alles zu vermeiden, was unsere Feinde als Zeichen der Schwäche auslegen würden und was sie daher zur Verlängerung des Krieges ermutigen müßte.

Die Regierung sei sich dessen vollkommen bewußt, welche schweren Opfer die breiten Volksmassen dem Vaterland gebracht haben und bringen. Bleibe auch in Zukunft die Opferwilligkeit der Bevölkerung der Tapferkeit unserer Armee würdig, so sei zu hoffen, daß wir in nicht fernor Zeit das uns allen gemeinsame Ziel eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens erreichen würden.

Zur Milderung der Lebensmittelnotwendigkeiten begab sich der Minister Paul nach Berlin. Der Bürgermeister Weiskirchner von Wien wandte sich telegraphisch um Hilfe an Ludendorff und an andere Stellen. Die deutsche Heeresverwaltung hat daraufhin sofort aus ihren Beständen 5000 Tonnen Brotgetreide nach Wien abgeben lassen unter der ausdrücklichen Erklärung, daß die Ernährung der deutschen Zivilbevölkerung darunter nicht leide. Uebrigens soll diese Menge baldmöglichst zurückerstattet werden.

Auch Ungarn hat sich bereit erklärt, Hilfe zu leisten.

In Oesterreich will man in Zukunft nach den in Deutschland zur Anwendung kommenden Grundsätzen die neue Ernte erfassen.

Inzwischen hat sich in Oesterreich ein Ministerwechsel vollzogen. Der Polenklub hat dem Ministerpräsidenten sein Misstrauen ausgesprochen, was das Ministerium veranlaßte, zu demissionieren.

Die eingeleiteten Verhandlungen führten zunächst zu einer provisorischen Regelung der Arbeitszeit und der Lohnfragen. Die Arbeiter erhalten in den vier Wochen, die das Provisorium dauert, wöchentliche Lohnzuschläge. Innerhalb der vier Wochen, für die das provisorische Abkommen gilt, muß über die endgültige Regelung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhandelt werden. Zu diesem Zwecke wird ein besonderer **Arbeitsausschuß** eingesetzt, der unter dem Vorsitz des Ministers für soziale Fürsorge tagen und aus je drei Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zusammengesetzt wird. Diesem Ausschuss wird auch die Frage der Arbeitszeit zugewiesen.

Ueber die Forderungen der Eisenbahner wurde ausführlich verhandelt. Die Zugstände, die das Ministerium bisher gemacht hat, können nicht als hinreichend betrachtet werden. Die vereinigten Organisationen werden die Verhandlungen fortsetzen.

Den Staatsarbeitern werden im allgemeinen gleiche Zugstände gemacht wie den Eisenbahnern.

Die provisorische Regelung gilt vom 24. Juni bis zu der am 20. Juli endenden Lohnperiode.

Der Arbeiterrat beschloß:

„Der Arbeiterrat nimmt den Bericht über die Verhandlungen in der Kommission zur Regelung von Fragen des industriellen Arbeitsverhältnisses zur Kenntnis und fordert die Vertrauensämter auf, in sofort einzuberufenden Betriebsversammlungen die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Der Arbeiterrat erwartet, daß die weiteren Verhandlungen für die Eisenbahner und Staatsarbeiter ebenfalls ein zufriedenstellendes Resultat ergeben werden.“

In Ungarn

beherrscht unter den Arbeitern eine lebhafte Erregung, wie aus den Parlamentsverhandlungen im ungarischen Abgeordnetenhause hervorgeht. Der „Vollstän- digen Zeitung“ entnehmen wir folgenden Bericht:

Im Abgeordnetenhause brachte Graf Karolyi die Lohnbewegung unter den Arbeitern der Maschinenfabrik der Staatsbahnen zur Sprache, welche heute zu Unruhen geführt haben. Er teilte mit, daß Zusammenstöße zwischen streikenden Arbeitern und Gendarmen den Tod von vier Personen verursachten, fünf wurden schwer, zwölf leicht verletzt. Karolyi bezeichnete die Forderungen der Arbeiter, welche schlechter gestellt seien als in privaten Betrieben, als berechtigt und erklärte, die rücksichtliche Lösung der Wahlreform habe wesentlich zur Erregung der Stimmung beigetragen. (Großer Lärm. Rufe: „Reizen Sie nicht die Massen auf!“)

Ministerpräsident Weterle ergriff das Wort. Er drückte zuerst sein tiefes Bedauern über den traurigen Vorfall und darüber aus, daß die Polizei zur Herstellung der öffentlichen Ordnung die Waffe zu gebrauchen genötigt und dies leider mit Menschenopfern und vielen Verwundungen verbunden gewesen sei. Der Ministerpräsident erklärte, er müsse die Behauptungen Karolyis in verschiedenen Punkten berichtigen. Zu diesem Behufe verlas Weterle den Polizeibericht. Dieser lautet:

In der Maschinenfabrik der ungarischen Staatsbahnen, deren Arbeiter seit Beginn dieses Monats in ein Landsturmabattillon eingereiht sind, waren infolge von Lohnforderungen Arbeitsstörungen auf der Tagesordnung. Die Arbeiter forderten statt 90 Heller Stundenlohn 160 Heller. Oberst Danziger erschien hierauf in der Fabrik und erklärte, er sei für die Lohnfrage nicht zuständig und ermahnte die Arbeiter, nicht zu streiken. Die Arbeiter setzten die Arbeit fort. Am 19. Juni, 8 Uhr früh, stellten sie dieselbe wieder ein. Um 9¹/₂ Uhr bei Beginn des Streiks wollte man flüssiges Eisen durch arbeitswillige Hilfsarbeiter ausgleichen lassen, damit die Kessel nicht unbrauchbar würden. Diese Arbeiter wurden jedoch von einem der Streikenden bedroht. Dieser Streikende wurde nun zur Vernehmung beordert, er kam jedoch nicht allein, sondern zog mit 400 Arbeitern vor das Gebäude des Kommandos. Major Hejontke forderte die Versammelten auf, sich zu zerstreuen, und Gendarmen trieben die Versammlung auseinander. Nach einer Viertelstunde erschienen jedoch tausend Arbeiter, die inzwischen die Arbeit niedergelegt hatten, vor der Kanzlei. Ein Fabrikbeamter versuchte, die Arbeiter zu bewegen, daß sie sich entfernten. Der Major erschien und ermahnte die Arbeiter, Gehorsam zu leisten, da sonst schwere Folgen eintreten würden. Es erühte jedoch aus der Menge der Rufe: „Jetzt gehen wir erst recht nicht weg!“, und die Arbeiter verblieben auf dem Platze. Die Gendarmen versuchte, sie ohne Waffengebrauch zu zerstreuen, es wurden aber auf Gendarmen Eisenstücke geschleudert, und auch der Major wurde am Kopfe und an der Hand verwundet. Aus den Werkstätten erfolgten zwei Schüsse. Angesichts dieser Vorgänge ordnete der Major den Gebrauch der Schußwaffe an, jedoch kommandierte er keine Salve. Die Gendarmen schossen auf diejenigen, die sie angegriffen und mit Eisenstücken beworfen hatten. Vier Arbeiter wurden getötet, 19 verwundet. Infolge der Schüsse strömten die Arbeiter aus der benachbarten Ganzleiräume. Der Gendarm gelang es, die auffässigen Arbeiter zu vertreiben.

Der Ministerpräsident erklärte, es werde eine Untersuchung eingeleitet werden, ob der Waffengebrauch notwendig und begründet war. Er bemerkte weiter, daß die Arbeitseinstellung sich ausdehne, und daß in einer großen Anzahl Fabriken gestreikt werde. Weterle sagte, er mache nicht die verhehten Massen verantwortlich, sondern die Organisatoren und Aufwiegler. Er wolle auch künftighin mit den Arbeitern wohlwollend und schonungsvoll verfahren, jedoch könne die Forderung der Arbeiter nicht bewilligt werden, daß man die Gendarmen aus den Fabriken entferne und die Gewerkschaften einen entscheidenden Einfluß ausüben lasse. Falls die Arbeiter den Streik beendigen, so werden alle ihre berechtigten Wünsche erfüllt werden, jedenfalls wird die Grenze der Lohnsätze ganz auf dieselbe Höhe gesetzt werden, wie in Privatfabriken.

Graf Michael Karolyi rief dazwischen: „Man hätte damit anfangen sollen!“

Der Ministerpräsident wendet sich gegen Karolyi. Er sagte, er wisse nicht, seit wie lange Karolyi die Rolle eines Verteidigers der Arbeiterinteressen zu spielen begonnen habe. Er, Weterle, habe seit Beginn seiner Laufbahn für die Arbeiterfürsorge sehr viel getan, was die Arbeiter selbst dankbar anerkennen. Heute handelt es sich um Herstellung der Ordnung, und er werde seinen Platz, dessen er sonst unwürdig wäre, nicht eher verlassen, bis die Ordnung hergestellt und gesichert sei. Er werde gegen die Aufwiegler einschreiten, aber gegen die Arbeitermassen schonend verfahren. Schließlich werde die Regierung alle diejenigen an den Pranger stellen, die die Arbeiterbewegung für politische Zwecke ausnützen wollten. (Langanhaltender Beifall.)

Handelsminister Szeterenyi verteidigte sich gegen den Vorwurf Karolyis, daß die Lage der Arbeiter in den Staatswerkstätten schlechter sei als in Privatbetrieben. Er verwies darauf, daß die Regierung erst vor Monatsfrist für eine Lohnaufbesserung der Arbeiter eine Jahreslöhne von 37 Millionen Kronen auf sich genommen habe und daß nach Vereinbarung mit den Arbeitern nahezu alle ihre Wünsche erfüllt worden seien. „Nachdem die Regierung zur Verbesse-

Merkworte.

Wer Fehler und Mängel bei anderen beseitigen will, darf sich nicht schämen, die eigenen Fehler und Mängel zu bekennen. Die unergoßten Erzieher sind es, die immer recht haben wollen.

Jede Erziehung anderer beginnt damit, daß man sich selbst erzieht.

Nicht streiten, wenn man kritisiert wird. In jeder Kritik, und sei sie noch so scharf oder übertrieben, ist ein Körnlein Wahrheit. Dies Körnlein herauszuschälen, ehrlich anerkennen und Besserung versprechen, schadet deiner Autorität nicht.

„Die Lage der Arbeiter 37 Millionen geopfert habe“, sagte Szeterenyi, „kann man nicht sagen, daß sie gegenüber den Arbeitern eine provokatorische Haltung bewiesen habe. Die Beschwerdekommission, welche in der Maschinenfabrik der Staatsbahnen wirksam mit nahezu einstimmigem Beschluß neue Lohnforderungen abgewiesen. Die Arbeiter respektierten jedoch das Urteil der Beschwerdekommission nicht, sondern streikten. Dieser Streik in der staatlichen Maschinenfabrik währte sechs bis sieben Tage und wurde schließlich unter meiner Vermittlung auf der Grundlage beigelegt, daß die Arbeiterlöhne in der Maschinenfabrik in derselben Höhe festgesetzt werden sollten, wie die Löhne der Werkstattarbeiter. Die Arbeiter waren damals damit vollständig zufrieden und haben mir für meine Bemühung durch eine Deputation ihren Dank ausgedrückt.“

Graf Karolyi hat sich auf eine Verordnung bezogen des Inhalts, daß man im Falle eines Streiks mit den Arbeitern nicht verhandeln, sondern sofort mit militärischer Strenge vorgehen müsse. Diese Verordnung ist angeblich unter meiner Mitwirkung erlassen worden. Das ist nicht richtig. Es verhält sich so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärisiert wurden, die Kompetenz des Kriegsministers begründet ist, der lediglich nach militärischen Normen verfügt. In diesen Betrieben besitze ich keinerlei Einfluß.

Falls Arbeitsstörungen erfolgen, wird die Arbeiterbewegung künftighin gehindert. Im Kopfenbergwerk in Petrozdeny herrscht seit einigen Tagen ein Streik. Sechshundert Waggons Kohlen fehlen täglich im Verkehr. Der Streik ist ausgebrochen, weil der militärische Befehlshaber über einen Arbeiter eine Disziplinarstrafe verhängte und die anderen Arbeiter sich mit diesem widerspenstigen Arbeiter solidarisch erklärten.“

Der Handelsminister schließt damit, daß leider auch im Post- und Telegraphenwesen Zeichen von Unruhe bemerkbar seien. Er habe jedoch erklärt, daß er, falls der Eisenbahn- und Postverkehr gestört werde, mit unerbittlicher Strenge einschreiten werde. Es sei Pflicht des Handelsministers dem Lande gegenüber, seine großen Interessen, die sich an Eisenbahn und Post knüpfen, unter keinen Umständen stören zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Der vom Minister wiedergegebene Polizeibericht dürfte mit Vorsicht zu genießen sein.

Unsere Lebensmittelversorgung.

Im Ernährungsausschuß des Reichstages gab der Unterstaatssekretär Dr. Müller folgende Erklärung ab: Oesterreich-Ungarn hat zur Ausschilfe in seiner gegenwärtigen außerordentlichen Notlage Nahrungs-

mittel aus Beständen für die deutsche Zivilbevölkerung vom Kriegsernährungsamt nicht erhalten. Dagegen hat die Oberste Heeresleitung im Einvernehmen mit dem Kriegsernährungsamt aus ihren Beständen eine verhältnismäßig geringe Menge Getreide geliefert. Diese Menge muß der Obersten Heeresleitung von Oesterreich zurückgeliefert werden, so daß also eine Inanspruchnahme der für die deutsche Zivilbevölkerung bestimmten Menge an Brotgetreide oder sonstigen Lebensmitteln aus der laufenden Ernte in keiner Weise in Frage kommt. Die Rückerstattung aus der österreichischen Ernte wird voraussichtlich bald erfolgen können, weil ja die Ernte dort in einigen Tagen einsetzt. Die Verkürzung unserer Protrate hat mit den österreichischen Ernährungsschwierigkeiten nichts zu tun. Eine Vermehrung unserer Fleischrate ist im gegenwärtigen Augenblick leider nicht möglich, weil durch die vermehrte Abschachtung des Rindviehs, aus dem bei dem Schweinemangel allein die Fleischversorgung erfolgen muß, unsere ganze Milch- und Fleischwirtschaft, die sich in einer äußerst gespannten Lage befindet, verfallen müßte. Andererseits soll eine Verkürzung der Fleischrate bis zur Versorgung aus der neuen Ernte vermieden werden. Darüber, ob nach dem Beginn der neuen Ernte und der dann wieder gegebenen vollen Protrate und reichlicheren Belieferung mit Kartoffeln, Gemüse und anderen Lebensmitteln die Fleischrate vorübergehend beschränkt werden oder ob fleischlose Wochen für einzelne Teile der Bevölkerung oder für die Gesambevölkerung eingeführt werden sollen, wird zurzeit beraten. Zunächst muß das Ergebnis der letzten Zwischenzählung vom 1. Juni abgewartet werden. Bindende Beschlüsse liegen also zur Zeit noch nicht vor. Die vermehrte Schweineabschlachtung im Winter war nötig, weil sonst die Brotversorgung unmöglich war. Zurzeit geschieht alles, um die Schweinezucht zu fördern.

Der Marxismus in der Praxis.

Von Otto Jensen.

Anlässlich des hundertsten Geburtstages von Karl Marx ist über die Marx'sche Theorie sehr viel Gutes und weniger Gutes geschrieben und gesagt worden. Man hat aber nur zu oft vergessen oder sich wohl nicht gern daran erinnert, daß Marx auch ein „Praktiker“ war. Marx und Engels wollten die Dinge verändern, und ihre Theorie war eine Waffe im praktischen Kampf. Das beweist nicht nur ihre literarische Arbeit als Journalisten, sondern vor allem ihre publizistisch-politische Tätigkeit als Verfasser zahlreicher Broschüren und kleinerer Einzelschriften. Das kommunistische Manifest ist ja ein Musterbeispiel dieser Verbindung von Theorie und Praxis.

Marx und Engels griffen aber auch als Berater und Leiter proletarischer Organisationen in den Fagelstempel ein. Ihr Briefwechsel hat uns diese Tätigkeit erst in vollem Umfang erkennen lassen. Es ist daher wichtig, einmal diese praktische Tätigkeit von Marx und Engels zu überblicken. Nicht um wörtlich zu wiederholen, was Marx vor Jahrzehnten gesagt, sondern um zu erkennen, mit welcher Methode Marx politische Fragen behandelte, und um in ähnlichen Situationen Lehren zu ziehen aus den Ergebnissen der Praxis des Marxismus, wie sie seine Begründer aufstufen.

Es ist deshalb nicht nur eine geschichtliche Arbeit, sondern ein politisch aktuelles Buch, das jetzt unter dem Titel „Der Marxismus in der Praxis“*) erschienen ist als nachgelassenes Werk eines zu früh verstorbenen echten Marxisten, des Genossen Gustav Laßlein. Bestimmt als Gabe für den internationalen Kongress in Wien, A. Kampf gewidmet, wurde ein öffentliches Erbe durch den Krieg verhindert. Jetzt hat Heinrich Weber die Arbeit seines Freundes unverändert herausgegeben und mit einem Vorwort versehen, das nicht nur die politische Aufgabe der heutigen Marxisten prägnant und zureichend charakterisiert, sondern auch die wichtigen historischen Parallelen hervorhebt, die sich beim Lesen der Laßleinschen Schrift aufzwingen aufdrängen.

Der reiche geschichtliche Inhalt, so wertvoll er ist, bildet nicht die Bedeutung der Schrift, sondern die Herausarbeitung der politischen Stellungnahme von Marx und Engels, die Klarstellung der Art, wie sie die politische Zeitgeschichte betrachteten und Ereignisse werteten.

Nur einige Gesichtspunkte seien hier behandelt:

Der Marxismus ist nicht nur dazu da, das Vorhandensein ökonomisch zu erklären, jede Klassen- und Massenstimmung aus wirtschaftlichen Ursachen abzuleiten, sondern der marxistische Politiker nimmt kritisch zu diesen Stimmungen und Strömungen Stellung. Er legt diesen Massenstimmungen die theoretische Erkenntnis entgegen. Er weiß, wie die wirtschaftliche Entwicklung wenigstens in großen Zügen verlaufen muß, und sucht die Politik des Proletariats danach einzurichten. Kommt eine nationalstimmige Hochzeit, so begnügt er sich nicht damit, deren Ursachen aufzudecken, und im übrigen dem Nationalismus KonzeSSIONen zu machen, weil die Masse das so will. Im Gegenteil: Der Marxist sieht, daß es sich hier um eine Stimmung handelt, die das internationale Interesse der

*) „Der Marxismus in der Praxis“ von Gustav Laßlein, Vorwort von Heinrich Weber. Wien 1918. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Janak Brand u. Co., 119 S., Pr. 3 Kr. (Nr. 4,50.)

Arbeiterklasse übersteht. Er untersucht die wirklichen wirtschaftlichen Zusammenhänge, konstatiert das internationale Interesse der Arbeiterklasse, sucht im Einzelnen zu ermitteln, wie sich dieses Interesse praktisch zu betätigen hat, und prägt aus dieser Erkenntnis die politischen Forderungen des Tages. Wissend, daß er zunächst in der Minderheit bleibt und bleiben muß, rechnet er auf die Logik der Tatsachen, die wichtiger ist als die Logik politischer Ideologen.

Deshalb man bei Estlin nach, wie Marx gegen den Lassalleanismus Stellung nahm, wie er den Nationalsozialismus bekämpfte und wie die Geschichte ihm recht gab, so ist man erstaunt, wie nach derartigen Auseinandersetzungen und geschichtlichen Lehren die heutige Konfusion in der Arbeiterbewegung aller Länder noch möglich wurde. Man sieht die Ausführungen über Klassenkampf und Kompromiß und über Sekte und Partei, so empfindet man erst in voller Deutlichkeit, wie aktuell diese Marx'schen Ausführungen und praktischen Entscheidungen gerade heute sind, wo man das Kompromiß zum Prinzip erhebt und den Klassenkampf verneint. Auf der anderen Seite zeigt auch die Marx'sche Praxis, daß man nie zur alleinstellmachenden Sekte werden darf, wenn man nicht die Fühlung mit den Massen verlieren will. Das heißt natürlich nicht, daß aus Massenanhängern Wahrheiten verschwiegen werden sollen. Nur darf man den Gedanken nie verlieren, daß immer bestimmte wirtschaftliche und soziale Bedingungen erforderlich sind, um bestimmte theoretische Anschauungen zum Gemeingut der Massen werden und aus dem bloßen Wissen und Erkennen zur Tat reifen zu lassen. Das muß man sich auch in der heutigen Lage merken, wo der Imperialismus schrankenlos herrscht. Trotz aller so notwendigen Verdorbenheit ist die wahre Erkenntnis der Lage auf eine Minderheit beschränkt und muß es vorläufig bleiben, weil ganz bestimmte Bedingungen fehlen, die die Marx'schen Gedanken zur Massenanschauung werden lassen könnten.

Sehr beachtenswert sind auch die Betrachtungen Estlins über Partei und Gewerkschaften. Es handelt sich hier um eine geschichtliche Uebersicht, die durch die Erfahrungen der Kriegszeit ergänzt werden muß. Es war vor dem Kriege ein planmäßiges Zusammenwirken von Gewerkschaften und Partei möglich und bahnte sich immer mehr an, da die wirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklung auch die Gewerkschaftsleistungen in starker Opposition drängte. Diese Entwicklung wurde unterbrochen und in ihr Gegenteil verkehrt. Deshalb, das ist marxistisch zu untersuchen und ja in diesen Blättern schon dargelegt.

Es ist nun Aufgabe des praktischen Marxismus, festzustellen, welche Maßnahmen und Forderungen bei dieser neuen Lage den Gewerkschaften gegenüber auszustellen sind. Man will die Spaltung vermeiden und verlangt ein Vorgehen der oppositionellen Mitglieder innerhalb der Organisationen. Man vergißt aber nur zu oft, daß die heutige Organisation der Zentralverbände, ihr engmaschiges Ineinanderliegen, die Einheilung auf den, sagen wir, friedlichen Kampf mit dem Unternehmertum, ihre weit geübene Beamtenverwaltung und Beamtenherrschaft solche Opposition sehr erschwert. Vor allem muß die Gewerkschaft der Nachkriegszeit ganz anders organisiert sein, um den neuen Kampfbedingungen, der gesteigerten Kampfmöglichkeit, dem Ueberwiegen des Kampfes im Gegensatz zur Unterwürfigkeit, oft gar Versäufelungsberatung der Vorkriegszeit genügen zu können. Hier können und die praktischen Parolen von Marx nicht nützen, da wir vor ganz neuen Situationen stehen und mit Organisationen zu rechnen haben, wie sie Marx nicht kannte, wogegen manche Rehnlichkeiten zwischen den englischen Trade Unions und den heutigen Gewerkschaften bestehen. So dürfen doch aus die großen organisatorischen Unterschiede und das Bestehen einer großen politischen Organisation neben den Gewerkschaften nicht übersehen werden. Hier bietet sich der Marx'sche Theorie und vor allem der Praxis ein wichtiges Arbeitsfeld, um so mehr, als die Marx'sche die gewerkschaftlichen Fragen aus leicht erkennlichen Gründen wenn nicht verneinbar, so doch nicht in allen Einzelheiten erörtert haben, zumal das Interessanteste hier nicht in den Axiomen steht und es wenig marxistische Gewerkschaftsbeamte oder praktische Gewerkschaftler gibt.

Trotzdem kann uns der Rückblick auf die verlaufene Entwicklung zahlreiche wichtige Fingerzeige geben und uns die Rolle der Gewerkschaft in der proletarischen Gesamtbewegung richtig verstehen lehren.

Das Hauptfeld der Marx'schen Praxis, das heißt der Taktik des Marxismus, wird naturgemäß die Politik bleiben. Hier tobt der Kampf am heftigsten, hier wird über die großen Ziele des Klassenkampfes der Arbeiter der einzelnen Länder und der Wege und Ziele der Politik der Einzelstaaten und der Internationale gestritten. Dieser Kampf ist vor allem ein Kampf der Weisheit, da es sich trotz aller Organisationen und Instanzen in letzter Linie um die Seele der Masse, also auch um die Seele des Einzelnen, besonders um die Anschauung der „tätigen Genossen“ handelt. Darum ist es notwendig, daß diese Erfahrungen der verflochtenen Jahrzehnte des proletarischen Klassenkampfes nicht in gelehrten Geschichtswerten klassifiziert und systematisiert bleiben. Sie müssen lebendiges Eigentum der Massen, wenigstens der „denkenden Arbeiter“, wie man sagt, werden. Sie müssen unsere politische Agitation befruchten, in der Presse nachwirken und auch beim politischen Interessierten in klarer übersichtlicher Form zugänglich sein. Ein Mittel zu diesen Zwecken ist Estlins Schrift. Sie ist klar, anschaulich und sachlich geschrieben, setzt natürlich bei der Knappheit der Darstellung manches Wissen voraus, kann aber bei einigem Nachdenken leicht verstanden werden. Sie wird dazu dienen, das politische Verständnis zu vertiefen und jenes politisch-marxistische Denken fördern zu helfen, das nicht nur Zusammenhänge theoretisch konstatiert, sondern mit dem politischen Blick wirtschaftliche Ereignisse betrachtet und wertet, immer hinter den politischen Tagesereignissen die Klassen und

Gruppen sieht und oft mit „wissenschaftlichem Instinkt“, wenn der Ausdruck gestattet ist, die politische Wirkung und die proletarisch-marxistische Stellungnahme erkennt.

„Der Marxismus in der Praxis“ kann so ein Mittel der praktischen Politik werden. Das Buch wird, in dieser Weise gelesen und ausgenutzt, seinen Zweck erreichen im Geiste seines Verfassers und im Sinne jener echt marxistischen praktischen Politik, die vielen Praktizierenden so unpraktisch erscheint, im Sinne einer weitsehenden Politik, die Engels mit den Worten charakterisiert, mit denen Estlin sein Werk schließt:

„Am 12. September 1874 schrieb Engels an Sorge: „Die Internationale hat 10 Jahre europäischer Geschichte nach einer Seite hin — nach der Seite, worin die Zukunft liegt — beherrscht und kann stolz auf ihre Arbeit zurückschauen. Aber in ihrer alten Form hat sie sich überlebt. Um eine neue Internationale in der Welt der alten, eine Allianz aller proletarischen Parteien aller Länder, hervorzubringen, dazu gehörte ein allgemeines Niederschlagen der Arbeiterbewegung, wie es 1849 bis 1864 vorderrschend glaudte, die nächste Internationale wird — nachdem Marx Schriften einige Jahre gewirkt — direkt kommunistisch sein und geradezu unsere Prinzipien aufpflanzen.“

Was Engels vor 40 Jahren voraussagte, ist eisher in der glänzendsten Weise eingetreten: Die Theorie des Marxismus beherrscht und befehlt heute die gesamte internationale Bewegung des Proletariats, das in ihm den vollkommensten Ausdruck seines eigenen Denkens, Fühlens und Sehens erkannt hat. Bewußt würden sich gerade deshalb die Grundzüge der Marx'schen Taktik mit der Zeit von selbst durchsetzen: doch wieviel schwere, traurige und opferreiche Erfahrungen müßte das Proletariat auf diesem Wege sammeln, die ihm Marx'sche theoretische Erkenntnisse erspart, und wieviel Enttäuschung, damit aber auch Erniedrigung und Demütigung, müßte es auf sich nehmen, wenn es alle Anwege selbst erst erproben, die Gefahren aller Lockungen erst selbst erfahren müßte. Daß dem Proletariat dieser Selbstweg erspart oder doch wesentlich erleichtert wurde, daß eine Würde, seine Ehre ungeschädigt bleiben, verdankt es daher dem gewaltigen Genius des Mannes, der einst an Schwelger schrieb: „Die Logik der Dinge wird sprechen. Aber die Ehre der Arbeiterpartei besteht darin, daß sie solche Trugbilder zurückweist, selbst bevor deren Hohlheit an der Erfahrung geplatzt ist.“ (Seite 118/119.)

Leider hat sich dieser damals berechnete Optimismus Gustav Estlins und vieler Mitstreiter nicht erfüllt. Leider hat die Logik der Dinge gesprochen, aber die Trugbilder sind geplatzt, ohne daß die theoretische Erkenntnis selbst aus harten Kriegserfahrungen gezogen worden ist. Die mühsame Arbeit, die Marx und Engels in den Jahren der Reaktion, beim Aufbau der Internationale geleistet haben, ihr zähes, unermüdetes Ringen bei klarer Erkenntnis der objektiven Schwierigkeiten und subjektiven Hemmungen, diese Verdienste der marxistischen Theorie und Praxis, die uns Estlin vorführt, muß uns heute wieder um Trost und Vorbild dienen. Im Sinne der großen Kämpfer müssen wir heute als Denker und Praktiker und als theoretische Praktiker und praktische Theoretiker wirken, getreu jenem Verlaß aller marxistischen Praxis: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Wir Marxisten dürfen uns, wie Heinrich Weber in Wortwort sagt, nicht von der Masse trennen, aber wir dürfen ihr auch nicht blind folgen. Dann wird auch wieder die Zeit kommen, in der wir sagen können: „Die gesamte Internationale wird heute vom Marxismus beherrscht.“

Ein Steckbrief gegen Karl Marx.

In einem Photographie-Album, das im Geheimarchiv eines russischen Gouverneurs der westlichen Provinzen gefunden wurde, befindet sich u. a. auch die Photographie von Karl Marx. Das Bild ist unter Nr. 15 registriert und darunter steht: „Karl Marx zu Nr. 1339“, (offenbar die Nummer des Identifikations über K. Marx).

In einem dem Album beigelegten Verzeichnis findet sich unter Nr. 15 folgende Inschrift:

„Karl Marx, Schriftsteller mit einem Paß auf den Namen Wiltsch. Tägliches Mitglied der Internationalen Association. Hat die Absicht, in Rußland einzudringen.“

Die Angst des wachsenden Gouvernements hat sich als unbegründet erwiesen, da Marx nie nach Rußland gelangt ist. Marx' Ideen sind jedoch ungeachtet aller Vorkämpfungs- und Unterdrückungsmaßnahmen in Rußland „eingedrungen“ und haben in wenigen Jahrzehnten das Reich des Zaren erobert.

Aus den Gewerkschaften.

„Vorwärts“ und Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften sind sich in die Haare geraten. Im „Vorwärts“ war die Aufhebung des § 152, Abs. II der Gewerbeordnung gefordert worden. Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission nimmt entschieden Stellung gegen die Forderung, jetzt eine Aufhebung des § 152, Abs. II zuzulassen. Dem „Vorwärts“ fehle jegliche Legitimation, von einem Verlangen der Arbeiter nach dieser Aufhebung zu reden. Keine gewerkschaftliche Organisation habe einen Beschluß gefaßt, der eine solche Forderung enthalte. Vielmehr sei immer die Befreiung des Koalitionsrechts von den Händeln gefordert worden, die ihm durch Ausnahmsbestimmungen auferlegt würden. Der § 152, Abs. II sei eine solche Fessel nicht, sondern eine Schutzbestimmung, auf die nicht verzichtet werden könne, solange nicht das ganze Rechtsgebiet der Koalitionen als solche eine Regelung gefunden hätte. Die Gewerkschaften seien Gegner des Organisationszwanges, und der Schutz gegen den Vereinigungszwang könne gar-

nicht besser und prägnanter gefaßt werden als durch die einfache gesetzliche Erklärung des Koalitionsrechts, wie es in § 152, Abs. II geschieht. Diese Zustimmung sei zum Mindesten solange beizubehalten, als die rechtliche Grundlage der Berufsvereine selbst nicht angeht sei. Jedenfalls hätten die Gewerkschaften keine Ursache, sich für eine Unternehmerrückbildung einzusetzen, deren Erfüllung nur dazu dienen würde, den Unternehmerrückbildung gegen die Arbeiter zu verstärken.

Der „Vorwärts“ wird versuchen, die Generalkommission um gut Weiter zu bitten.

Groß-Berliner Chronik.

Der Sparzwang für Jugendliche, der vom Oberkommando in den Marken verfügt worden ist, hat vielfach Unklarheiten entstehen lassen über die Auszahlung des Sparguthabens in den Marken, in denen der jugendliche Sparter das 18. Lebensjahr vollendet hat und ins Heer eintreten muß. Es ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob in diesem Falle das Sparguthaben zur Auszahlung gelangt. Hierüber bestimmt der Gesetz folgendes:

Tritt ein Jugendlicher in das Heer ein, so sind ihm auf seinen Antrag von der Sparkasse gegen Vorzeigung des Gefellensbescheides einmalig bis zu fünfzig Mark von seinem Sparguthaben auszahlbar. In weiteren Auszahlungen nach der Entlassung in das Heer ist die schriftliche Zustimmung des Truppenteils erforderlich und genügend.

Im Allgemeinen kann Abhebung eines Teiles des Sparguthabens nur erfolgen auf Grund einer Zustimmung des Gemeindevorstandes. In Berlin ist die Regelung dieser Sache dem städtischen Vormundschaftsamt der Stadt Berlin übertragen. Anträge wegen Abhebung sind an das Vormundschaftsamt in der Sandbergstraße zu richten. Die Anträge werden dort geprüft, ob sie begründet sind. Es müssen besondere Gründe geltend gemacht werden.

Ein Ledigenheim ist während des Krieges in aller Eile im Norden Berlins an dem Brunnenplatz mitten des hiesigen Amtsgerichts Berlin-Weidnig errichtet worden. Die Vollendung dieses vor dem Kriege begonnenen Baues war mit großen Schwierigkeiten verknüpft und noch mehr ist das mit der Bewirtschaftung des Betriebes angeht des schwierigen Ernährungsverhältnisses der Fall. Immerhin scheint es sich gegen Zuspruch zu erfreuen, obwohl gerade der große Teil der Ledigen, für die das Heim in erster Linie bestimmt ist, zum Heere eingezogen ist.

Ein schweres Brandunglück, bei dem gegen 20 Personen ihr Leben einbüßten und viele andere schwere Verwundungen davongetragen haben, hat sich in der Friedrichstraße ereignet. In einem Vorführungsraum der Biokop-Nim-Berlethgesellschaft kam eine große Explosion aus. Mit großer Schnelligkeit verbreitete sich das Feuer. Das Personal und die Anwesenden konnten sich nur zum geringen Teile retten, etwa 20 kamen um und wurden zum Teil verkohlt aufgefunden. Es ist eine Untersuchung im Gange über die Ursache. Es wäre wohl auch möglich, Feststellungen darüber zu treffen, ob die Feuerwehre auch rechtzeitig gerufen und wann sie zur Stelle war.

Die Anflüge und Verurteilungen wegen Kauf und Verkauf von Brotarten sind an der Tagesordnung. Allwöchentlich verurteilt das Gemeindevorstand eine Reihe solcher Fälle, in denen zum Teil auf Justizhaus für die Hersteller oder Verteiler, auf Gefängnis gegen Käufer von Nahrungsmittelfaktoren erkannt worden ist. Es würde niemand solche Karten kaufen, wenn die Menge genügt, um die Einzelnen zu sättigen. Dann blüht auch das Geschäft des Brotartenhandels nicht so, wie es heute der Fall ist, wo manche Leute bis zu 8 Mark für eine Brotkarte ausgeben.

Zur Herrichtung von Kleinwohnungen fordert der Berliner Magistrat 5 Millionen Mark an. Diese Summe soll verwendet werden zur Beschaffung von Materialien zur Herrichtung von leerstehenden Kleinwohnungen und für den Umbau leerstehender Läden und sonstiger Gewerberäume zu Wohnungen.

Folgesehnen wurden am Montage früh drei Straßenarbeiter von einem Zuge der Untergrundbahn in der Nähe des Bahnhofs Kaiserhof. Die Arbeiter wollten einem Zuge ausweichen, traten auf das Nebengleis und wurden von einem aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Zuge überfahren. Das Warnsignal soll gegeben worden sein, erklärt die Direktion. Somit wäre alles in Ordnung. Die Arbeiter aber sind um ihr Leben gekommen.

Aus der Zeit.

Der entmündigte Prinz. Dieser Tage wurde vor dem Geheimen Justizrat am Berliner Kammergericht die Klage des Prinzen Friedrich Leopold Sohn gegen das königliche Landministerium wegen Aufhebung der von diesem Ministerium beantragten Entmündigung verhandelt. Die Entmündigung war wegen angeblicher Verleumdungen des Prinzen verhängt worden. Der Prinz hat während seines krankhaften Aufenthaltes schwermütige Andeutungen für Dankgegenstände und Tawelen gemacht und seine Stubien vernachlässigt. Unter den Anwesenden des Prinzen befand sich Rechtsanwalt Wolfgang Heineke. Die Verteidiger vertreten den Standpunkt, daß der Prinz nur Aufgaben gemacht habe, die durchaus seinen Schwere entsprechen hätten. Estlins wurde der Beschluß dahin verhängt, daß die Klage abgewiesen sei. Der Kläger hat die Kosten zu tragen. Fast der Sechste der Kläger vor dem Entmündigungsbeschlusse durch Hängung von Souleiden für übermäßige und über eine Verhältnisse weit hinausgehende Aufwände, ino-

besondere von Juwelen, sich der Gefahr des Kosten- des ausgeheht, und er sei daher als Verschwendend zu betrachten und mit Recht entmündigt worden.

Der Vater des Prinzen ist der reichste Prinz des Königl. Hauses. Am 31. Januar 1918 ist er zur Wehrsteuer nach einem Reinerwerb von 53 Millionen Mark veranlagt, das sind über 2,5 Millionen mehr als bei der Veranlagung von 1913. Das Jahreseinkommen des Prinzen-Vaters ist auf 2,5 Millionen im Jahre 1917 festgestellt worden. Wenn der prinzipale Papa über solche Einkünfte verfügt, kann man sich schon ungefähr denken, wie der Herr Prinz-Sohn gewirtschaftet haben mag, wenn vom Kgl. Hausministerium die Klage auf Entmündigung angestrengt werden mußte.

Für 20000 Mark Fleisch im Schlachthandel erworben hat im letzten Vierteljahr der Inhaber eines vornehmen Restaurants in Königsberg i. Pr. Schon lange war es bekannt, daß man für hohe Preise im Restaurant „Schloßgarten“ sich ohne Fleischmarkt an gutem Fleisch gut kochen konnte. Jetzt ist dieses lukrative Restaurant vollständig geschlossen und der Inhaber A. Zigarette der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Auch in anderen Gastwirtschaften sind ähnliche Fleischschleichungen aufgedeckt worden. In der letzten Stadtverordnetenversammlung richtete Genosse Linde an den Magistrat die Anfrage, welche Maßnahmen er getroffen habe, um einen Ausgleich für die verlorne Brotration und die immer unabweisbarer werdende Fleischration herbeizuführen. Dem Magistratsvertreter wurde unter anderem erklärt, daß es nicht möglich sei, anstatt wie bisher sechs, jetzt sieben Pfund Kartoffeln zu geben. Ganz unmöglich sei es, mehr und besseres Fleisch zu liefern. In der Debatte behauptete ein bürgerlicher Stadtverordneter, daß das für Königsberg gelieferte Fleisch besser sei als in anderen Städten. Ob dieser Herr seine Kostproben in dem Restaurant „Schloßgarten“ entnommen hatte?

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 30. Juni, vorm. 9 Uhr. Pappel-Allee 15/17; Neukölln, „Dealfasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 49 bei D. Vamp: „Freireligiöse Vorträge“. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Kl. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Ernst Däumig: „Wanderungen durch die Kirchengeschichte. XIX. Kirche und Krieg.“ — Gäste willkommen. — Während der Sommerferien keine Vorträge. Unser diesjähriger Dampfer-Ausflug findet am 8. Juli statt.

Der Turnverein „Pichte“, Berlin, eröffnet Mittwoch, den 8. Juli, eine neue Schüler- und Schülerinnen-Abteilung in der 68. Gemeindeschule, Gothenburger Straße 4, um 1/2 Uhr abends.

Ältern, welche gewillt sind, ihre Kinder zum Turnen zu schicken, werden ersucht, dies am Eröffnungstage zu tun, da die Aufnahme an diesem Tage vom Eintrittsgelbe befreit. Der Vorstand.

Bezirk Reinickendorf-Ost. Am Sonntag, den 30. Juni 1918: Zweiter Familien-Ausflug nach Hermsdorf. Treffpunkt vormittags punkt 9 Uhr Bahnhof Schönholz. Für Nachzügler mittags 1 Uhr Restaurant Kaiserhof, Bismarckstraße, links vom Bahnhof. Vollständige und pünktliche Beteiligung erwartet. Die Bezirksleitung.

Aus den Organisationen.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 30. d. M., nachm. 4 Uhr, findet unser Sommerfest statt im Habelschmied Brauerei-Ausschank, Bergmannstr. 5/7, bestehend aus Konzert, Gesangsvorträgen und turnerischen Auführungen. Für die Kinder findet Kasperletheater statt und abends große Fackelpolonaie. Auch für Kaffeekochen ist gesorgt, doch wird das dazu erforderliche Geschirr nur gegen Pfand abgegeben.

Preis des Billetts bei den Funktionären 40 Pf., an der Kasse 60 Pf. Um zahlreichen Besuch auch von Gästen bitten. Das Komitee.

NB. Bei ungünstiger Witterung findet die Veranstaltung im Saale statt.

Mariendorf. Parteigenossen! Nachmals treten wir an Euch heran mit der Aufforderung, daß Jeder sein Wahlrecht ausübt und auch dafür zu sorgen, daß Euer Bekanntenkreis dasselbe tut. Auf jede Stimme kommt es an.

Die Wahl findet am Sonntag, den 30. Juni, vormittags von 8-10 Uhr, in der Turnhalle der hiesigen Gemeindeschule, Kurtfürstenstr. 53-54, statt. Unsere Kandidaten sind die Genossen Hermann Wittig und Reinhard Brandt.

Das Wahlkomitee.

Advenia. Mittwoch, den 3. Juli, abends 1/2 9 Uhr, beim Gen. Schmidt, Restaurant „Zum Stadtpark“, Bahnhofstraße 1, Mitglieder-Versammlung. Sehr wichtige Tagesordnung! Deshalb ist allgemeines Erscheinen dringend erwünscht. Der Vorstand.

Quittung.

Der Kasse des 4. Kreises wurde zugeführt: Volkmann 7,-, Kooze 2,-, Jurthe 3,-, Jaschne 1,30, Schent 1,30, Lorge 5,-, Teschle 5,-, Abt. 4 Hg. 12,50, Sieglar 10,-, Hauff 1,30, Dreißler 1,30, Kraß E. R. 3,-, Poselt 1,50, Schönthier 1,-, W. P. 20,-, G. Waldganz G. W. Klingner 6,-, Wandi 40,-, W. R. 3,-, Keumann 1,30, R. Baumgarten 2,-, Sortesfel 1,30, W. Köner 10,-, Trag 1,35, Jurthe 2,-, Kaiser 2,-, F. B. Abt. 4 2,70, Beh d. B. 1,30, Hübler 1,30, Guhl 1,30, Teittelwih 1,30, Wandi 40,-, Anebel Abt. 16 6,30, Abt. 25 Bezirke 216 II 10,-, 316 I 15,-, 318 I 15,-, 318 II 15,-, 319 I 15,-, 319 II 20,-, Abt. 22 5,-, Abt. 42 7,80, Abt. 8 1,-, Freier 2,60, Kupe 1,30, Dumke 3,-, Frömmel 1,30,

E. Zimmermann 8,-, Kietorf 1,70, Möbes 2,-, Rauer 3,-, J. Meier 1,-, Szodorn 1,30, Leinberger 2,-, W. Poppe 1,30, Bornowski 5,-, Giese 1,30, Kooze 2,-, Tornow Abt. 13 1,30, Uering 1,30, Bertram 2,-, Krause 10,-, Lucenz 5,-, R. Hedel 1,30, Kooze 2,-, Stolle 1,30, Wandi 40,-, A. M. d. Langner 5,-, G. Schulze 2,-, Tieg 3,-, R. Vogel 3,-, Krahmann 1,30, Erwid 1,30, A. Lange 3,-, Bezirk 185 II 10,-, R. Rowak 5,-, A. Vogel 2,60, Runge 2,-, Hedel 1,30, Cypull 1,30, Seifner 20,-, A. Wähnel 2,-, Wirsich 3,75, Meier 2,-, Sijal 10,-, A. Matheas 2,-, Orbis 5,-, R. Siegle 5,-, Stent 2,60, Tisner 2,-, Schüler 5,-, Benisch 1,30, J. Scherollo 1,30, M. Robert 1,30, Hanslil 5,20, S. Kraus 2,-, Harndt 2,-, Zimmer 2,60, Fr. Kranke 5,-, Eichler 3,-, Judner 1,50, Stark 1,30, Münich 1,30, Runge 2,-, Jenich 5,-, Boigs 4,-, Friedrichs 2,-, Bartoschat 10,-, Gehlsdorf 2,60, Wilhelm 3,-, Redmann 1,30, Gertig 5,-, Jacob 2,60, Stolle 1,30, Möbius 5,-, Peshmann 2,-, Karl 2,-, Silberstein 2,-, Hidel 1,30, Bälow 1,40, Idert 3,-, Kernberg 2,-, Kranz 5,-, Wieland 1,30, Hältig 5,-, Camiener 2,80, Wille 2,-, John 2,-, Seidlitz 5,-, Ohm 2,-, Hinstinger 1,40, Biskopi 3,90 Mt.

H. Barenthin, Straßauer Platz 10/11.

An Gelder gingen bis zum 23. 6. 18 weiter ein: Von Frankfurt a. M. 67 Mt. Weiskirchen (Kreis Höchst a. M.) 8 Mt. Döhr i. Westerwald 81,50 Mt. Hilgert (Oberwesterwaldkreis) 4 Mt. Offenbach 19,50 Mt. Obererlenbach (Kreis Friedberg) 14 Mt. Mannheim 214 Mt. Karlsruhe 80,40 Mt. Saarbrücken 400 Mt. — Für Agitation von S. Saargebiet 10 Mt., desgleichen von Sch. Saargebiet 5 Mt. Birmasens (von Fr. Sch. Ratengahlung von nicht entrichteten Parteibeiträgern der ersten Kriegsjahre) 8,60 Mt. Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Bezirk Südwestdeutschland, Sekretariat Frankfurt a. M.

Erneuert das Postabonnement!

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement. Die Postbezieher des Mitteilungsblattes werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie umgehend ihre Bestellung für das neue Vierteljahr bei der zuständigen Postanstalt aufgeben müssen, damit der Weiterbezug des Blattes nicht unterbrochen wird.

Das Mitteilungsblatt kostet durch die Post bezogen pro Vierteljahr 1,42 Mt. inkl. Bestellgeld.

Sozialdemokr. Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. (H. G. V.) Büro: Neukölln, Nechardstr. 3. Tel.: Neukölln 1884.

Am Sonntag, den 7. Juli 1918, vorm. 9 Uhr, findet in Grig, Chausseest. 97, Becker's Geschäfts- haus, die diesjährige

Ordentl. Kreis-Generalversammlung

statt. Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kassenbericht. 2. Diskussion. 3. Anträge. 4. Neuwahl des Kreisvorstandes, der Revisoren und Funktionäre. 5. Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlin. 6. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich um 9 Uhr eröffnet, da der Saal um 2 Uhr geräumt sein muß. Für Gäste genügt das Mitgliedsbuch als Legitimation. Der Kreisvorstand.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die reichen Kranspenden anlässlich der Beerdigung meines lieben, so früh verstorbenen Mannes

Emil Goese

sage ich der Verwaltung der Zentral-Kranken- und Sterbestätte der Tischler u. a. gen. Arbeiter Berlin E., dem Deutschen Holzarbeiter-Verband und dem Wahlverein des 6. Kreises, insbesondere den Genossen des 747. Bezirks, meinen herzlichsten Dank.

Ww. M. Goese
Antonstr. 42.

Nachruf.

4. Wahlkreis. Am 20. Juni verstarb im Alter von 60 Jahren unser Genosse, der Zimmerer

Adolf Hstobach

Lausiger Straße 23, Bezirk 160.

6. Wahlkreis. Am 19. Juni verstarb unser Genosse, der Tischler

Emil Goese

Ruheplatzstr. 18, 29. Abt., Bez. 747.

Ehre ihrem Andenken!

Unserem lieben Parteifreund, dem Genossen
Josef Otto
zu seinem am 1. Juli stattfindenden 63. Geburtstage die besten Glückwünsche.
Die Bezirke 238 und 239
des 3. Wahlkreises.

Todesanzeige.
Am 23. Mai d. J. fiel als Opfer dieses Weltkrieges im Alter von 33 Jahren unser lieber Kollege, der Fräser
Eugen Seeger
Zehlener Str. 11.
Sein aufrichtiger, ehrlicher und wahrer Charakter, wenn es galt, für seine Kollegen einzutreten, und dem er auch seine Eingehung verdankte, werden ihm stets bei uns ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Arbeiter
der A. E. G. Turbinenfabrik.

Todesanzeige.
Blöflich und unerwartet erhielt ich die Nachricht, daß mein lieber Mann, der Kanonier
Eugen Seeger
am 28. Mai im Alter von 34 Jahren im Felde gefallen ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Frieda Seeger geb. Hahne,
Zehlener Str. 11.
Ein goldenes Herz hat aufgehört zu schlagen.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsjahresplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis. Im Lazarett verstarb unser treuer Genosse und ehemaliger Bezirksführer
Harl Fiewert
Bezirk 119.

4. Wahlkreis. Am 3. Juni fiel im Alter von 40 Jahren der Metallarbeiter
Wilhelm Belichsky
Falkensteinstr. 27, Bezirk 194.
Am 31. Mai fiel im Alter von 35 Jahren der Arbeiter
Frik Lange
Ostbahnhof 3, Bezirk 309.

6. Wahlkreis. Am 1. Juni fiel durch Granatsplitter unser Genosse, der 33 jährige Anleger
Reinhold Fodrwils
Schwedenstr. 17, 19. Abt., Bez. 831.
Am 28. Mai fiel unser Genosse, der 34 Jahre alte Fräser
Eugen Seeger
Zehlener Str. 11, 19. Abt., Bez. 880.

Wahlverein Neukölln. Ein Opfer des Weltkrieges wurde unser Genosse, der Landsturmmann
Paul Spitz
Jägerstr. 14, 19. Bez.
im Alter von 36 Jahren.

Am 13. Juni fiel unser Genosse, der Maler
Wilhelm Lau
geb. 22. 8. 83. — Oderstr. 3, 16 E.

Wahlverein Charlottenburg. Am 3. Juni fiel, nachdem er im Februar zum zweiten Mal in dieses endlose Völkerringen hinausziehen mußte, der Parteigenosse, Gruppenführer
Roman Krish
Tegeeler Weg 10.
Als idealer Mensch zum ehrlichen Kampfe stets bereit, verabscheute er die Unmenschlichkeit.

Wahlverein Schöneberg. Am 27. Mai 1918 fiel auf dem Schlachtfelde durch Kopfschuß unser Mitglied, der Genosse, Grenadier
Hani Foerster
Bezirk Schöneberg
im Alter von 27 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Reichstag und Rumänenfriede.

177. Sitzung. Freitag, den 21. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Kahlmann, Fayet.

Anfragen.

Abg. Bartisch (Sp.) wünscht die Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes in Ostpreußen.

General v. Briesberg: Die Frage der Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes wird erneut geprüft werden.

Abg. Dr. Südekum (Soz.) erinnert an das Todesurteil gegen drei Deutsche wegen Landesverrats in Venedig und an die Veranbarung deutscher wissenschaftlicher Forschungsinstitute in Italien, und fragt, was der Reichszentralrat zum Schutz der verurteilten Deutschen sowie gegen die dem Völkerrecht höhnpredende Vergewaltigung und Vernichtung unerzähliger Kulturgüter zu tun gedenkt.

Direktor im Auswärtigen Amt Krieger: Das Urteil gegen die Deutschen ist ein reines Tendenzurteil, das völlig unhaltbar ist. Auf unseren durch Vermittlung von Neutralen erfolgten Einspruch hat die italienische Regierung erklärt, die Erörterung eines persönlichen Urteils könne nicht zugelassen werden. Es scheinen ihr aber selbst Bedenken gekommen zu sein, denn nach Geltungsnachrichten hat der Kassationshof in Rom das Urteil aufgehoben und die Sache dem Kriegsgericht in Alexandria überwiesen. Leider ist daraus nicht zu ersehen, ob auch der die Deutschen betreffende Teil aufgehoben ist. Auf alle Fälle wird der italienischen Regierung eine Denkschrift mit Beweismaterial übermittelt werden. In Betreff des zweiten Punktes ist die Gefahr, daß die italienische Regierung sich von einer aufgegebenen öffentlichen Meinung gegen das wahre Interesse ihres Landes auf einen solch völkerrechtswidrigen Weg drängen läßt, in der Tat nicht gering. Auch hier hat die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Regierung Einspruch erhoben, sie wird die Vergewaltigung der deutschen Reichsangehörigen und der deutschen wissenschaftlichen Institute auch mit den schärfsten Gegenmaßnahmen beantworten. Zunächst aber will ich doch noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die italienische Regierung unserem Einspruche nachgeben wird. (Beifall.)

Abg. Erzberger (Ztr.) beschwert sich über Härten und unberechtigte Eingriffe kriegswirtschaftlicher Organisationen in landwirtschaftliche Betriebe, speziell im Bezirk des Oberamts Albstadt.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Braun: Die Kontrollen waren berechtigt, und speziell in Württemberg um so notwendiger, als der Bezirk Albstadt seiner Ablieferungsobligat nicht voll nachgekommen ist.

Abg. Erzberger (Ztr.) beschwert sich über die Verschlebung der litauischen Unabhängigkeitsfeier und darüber, daß die Vertreter des litauischen Bundesrats weder zu der für die Verhandlungen notwendigen Reise nach Berlin, noch zu der ebenso notwendigen Reise nach München die Genehmigung erhalten haben.

Reichskommissar für die besetzten Gebiete des Ostens, Frhr. v. Falkenhäusen: Die Verschlebung der Unabhängigkeitsfeier ist vom litauischen Landesrat vorgenommen worden, er will sie im Juli veranstalten. Der Delegation ist die Reise nach Berlin nicht genehmigt worden, weil die amtliche Stelle noch mit Vorbereitungen beschäftigt ist und daher noch nicht in die Verhandlungen eingetreten werden kann.

Abg. Erzberger (zur Ergänzung): In den Vorarbeiten gehört auch die Besetzung des Bischofsstuhls in Wilna, und deshalb ist die Reise der Vertreter des Landesrats nach München zur Verhandlung mit der apostolischen Nuntiar in München notwendig. Wann wird diese Reise erfolgen können?

Reichskommissar Frhr. v. Falkenhäusen: Die Vertreter des Landesrats können jederzeit nach München fahren.

Abg. Simon (U. Soz.) führt Beschwerde über die Bekanntmachung der Reichsbedarfspreise, die das Fördern und Annehmen niedrigerer Preise als der öffentlich bekanntgemachten unterlag.

Ein Regierungskommissar: Es handelt sich bei diesen öffentlich bekanntgemachten Preisen nicht um Höchstpreise im Sinne der Verordnungen über Höchstpreise. Die Unterschreitung dieser Preise liegt nicht im Sinne einer gleichmäßigen Verteilung und mußte daher untersagt werden.

Es folgt die erste Beratung des

Friedensvertrages mit Rumänien.

Abg. Gröber (Ztr.) begrüßt diesen Friedensvertrag als ein glückverheißendes Ereignis. Im großen und ganzen ist Rumänien für seine Treulosigkeit nicht schlecht weggekommen. (Sehr richtig!) Die bisherige Grenze Österreich-Ungarns hat sich als strategisch äußerst ungünstig herausgestellt und mußte deshalb geändert werden. Die außerordentlich großen Vorräte an Lebensmitteln von 3 bis 4 Millionen Mark, die wir in Rumänien vorgefunden haben, lassen uns nachträglich die Kriegserklärung Rumäniens fast als Glücksfall erscheinen, denn im Frieden hätten wir solche Mengen von Rumänien nie bekommen. Die Hauptsache wird sein, daß vertraglich festgelegt wird, daß Rumänien zu seiner alten deutsch-freundlichen Politik zurückkehrt und dabei bleibt. — Wir beantragen die Ueberweisung des Vertrages an den Hauptausschuß. (Bravo im Ztr.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Wir haben alles getan, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Wir waren zu schwach dazu, wir konnten es nicht, und wir hielten es nun für unsere Pflicht, alles zu tun, um den Krieg so schnell wie möglich zu beendigen durch

einen Frieden der Verständigung, durch einen demokratischen Frieden, der Dauer verspricht. Wir haben unsere Pflicht in dieser Richtung getan, das wird niemand bestreiten können. In Deutschland sowohl wie außerhalb. Zwischen dem Ausbruch des Krieges und zwischen dem Beginn unserer Arbeit für den Frieden hat gerade eine einzige Nacht gelegen. Wir sind heftig wegen unserer Haltung angegriffen worden, wir sind schwer verurteilt worden. Das alles hat uns nicht gehindert, sie fortzusetzen. Unsere Arbeit ist auch nicht vergeblich gewesen, besonders nicht im Hinblick auf den verschiedenen Mächten. Einen der schönsten Erfolge erlebten wir Mitte Juli v. J., als die große Mehrheit des Reichstages sich für einen demokratischen Frieden erklärte. Auch die großen Massen haben durchaus unsere Arbeit zu würdigen verstanden, und auch im Ausland arbeiten jetzt große Kreise für den Friedensgedanken. Wenn die Völker selbst über den Frieden zu entscheiden hätten, so könnten wir morgen in Friedensverhandlungen eintreten. Leider ist keines der am Kriege beteiligten Länder derart demokratisch entwickelt, daß das Volk von entscheidendem Einfluß wäre. Am wenigsten ist das bei den Völkern der Fall, die sich so ungemein viel auf ihre Demokratie zugute tun. (Sehr wahr!) Ich erinnere daran, daß England jetzt wieder unserem holländischen Genossen Troelstra den Paß nach England verweigert. Die Regierungen wollen nichts wissen von einer friedlichen Verständigung, sie wollen es auf die Entscheidung durch die Waffen ankommen lassen. — Diese Entscheidung ist zum Teil gefallen und auf Grund dieser Entscheidung kam es dann zu den Verhandlungen in Breit-Stein und Bukarest. Daß diese Verhandlungen nicht allgemein befriedigen können, ist selbstverständlich. Dem mit Rußland abgeschlossenen Frieden haben wir unsere Zustimmung leider nicht geben können. Wir konnten den Vertrag nicht billigen, obwohl wir den Frieden selbst natürlich wollten. Bei der Beratung des Friedens mit Rumänien handelt es sich um eine ganze Anzahl von Friedensverträgen, deren jeder einzelne von großer Tragweite ist. Es kommen nicht nur Grenzberichtigungen in Betracht, sondern auch rechts- und wirtschaftspolitische Verträge, deren Tragweite heute kein Mensch übersehen kann. Es kommen auch noch andere Gesichtspunkte in Betracht. Herr Gröber begrüßt mit Freuden die Abmachungen in bezug auf die religiöse Parität. Wir haben hier das größte Mißtrauen. Was man erwarten durfte, ist nicht erreicht, und die Herren vom Zentrum werden gut tun, ebenfalls das größte Mißtrauen zu hegen. Ein Zustand sehr verdächtiger Art ist die Regelung der Dobrußscha-Frage. Doch darauf will ich jetzt ebenso wenig eingehen, wie auf alle übrigen Fragen. Wir sind der Meinung, daß eine gründliche Erörterung des ganzen Vertrages nur dann möglich ist, wenn über all die Dinge, über die Unklarheiten bestehen, wo Bedenken vorhanden sind, die beseitigt werden müssen, zuvor eine gründliche Erörterung im Hauptausschuß des Reichstages stattgefunden hat. Herr Gröber ist es auch gar nicht möglich, den rumänischen Friedensvertrag zu behandeln, ohne Streiflichter zu werfen auf die gesamten Ostfragen, die sich an den russischen Friedensvertrag anknüpfen. Das heute zu tun, hielte ich für töricht, es ist viel klüger, das mit der großen politischen Debatte, die am Montag beginnt, zu verbinden. Es muß also die Aussprache im Hauptausschuß vorangehen, wenn aus den Debatten hier etwas Ersprießliches herauskommen soll. Daher schließe ich mich dem Antrag Gröber auf Kommissionsberatung an. (Bravo b. d. Soz.)

Abg. Dr. Wiemer (Ztr. Sp.): Wir begrüßen den Vertrag wie jeder, der der Verbrüderung der Völker wieder die Wege ebnet. Wir hoffen, daß er eine geeignete Grundlage der Wiederaufrichtung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rumänien bilden wird. Eine ausführliche Beratung halten wir im gegenwärtigen Moment nicht für angebracht und stimmen der Kommissionsberatung zu.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Nicht die sozialdemokratische Friedensarbeit ist es gewesen, die uns dem Frieden näher gebracht hat, sondern die Erfolge unserer Waffen. Der Friedensvertrag bringt unseren Verbündeten eine Reihe Erfolge, die auch wir begrüßen. 10 000 Quadratkilometer soll die Fläche betragen, die Ungarn zufällt; das würde der Größe Elßa-Lothringens entsprechen. Wir nehmen an, daß es nun nicht mehr vorkommen wird, daß Aeußerungen österreichischer Staatsmänner dahin aufgefaßt werden können, als käme für Deutschland nur ein annexionsloser Frieden in Frage. Weniger bedauernd ist die Regelung der Dobrußschafrage für Bulgarien. Den Verzicht auf Kriegschädigung bedauern wir. Von diesem Dogma eines entschädigungslosen Friedens hätten wir uns ebenso losmachen müssen wie Österreich-Ungarn von dem Dogma des annexionslosen Friedens sich losgemacht hat. (Sehr richtig! rechts.) Sollen denn noch immer die Grundsätze der Friedensresolution vom Juli 1917 gelten?

Abg. Dr. Stresemann (Natl.): Die rumänische Kriegserklärung bedeutete damals für uns die schwerste militärische und wirtschaftliche Belastung. In dem Niederbruch Rumäniens vollzieht sich etwas wie ein Weltgericht in der Weltgeschichte. Die rumänische Kriegserklärung erschien uns damals auch als Niederbruch der deutschen Diplomatie. Die Erfahrungen mit Rumänien und Italien haben bewiesen, daß in Zukunft Bündnisse nicht mehr Geheimverträge zwischen Dynastien und Staatsmännern sein dürfen. (Sehr richtig!) Eine ungemischte Freude hat der Vertrag

bei uns nicht ausgelöst. Dazu bleiben zuviel Fragen in der Schwebe. Die berechtigten Ansprüche der Bulgaren auf die Dobrußscha hätten schon in diesem Friedensvertrag erfüllt werden müssen. (Sehr richtig!) In der Königsfrage stimme ich dem Abg. Graf Westarp zu. Auch das Königtum von Gottes Gnaden hat seine Verantwortung vor der Geschichte. Wir haben die Befürchtung, daß bei dem Bestehenbleiben dieser Dynastie Bukarest später ein neues Ententeneft werden wird. Die wirklich deutschfeindlichen Politiker in Rumänien sind durch diese Wiederkehr der Dynastie geradezu ausgeschlossen von der ausschlaggebenden Mitwirkung an der Politik. (Sehr richtig!) Von einem entschädigungslosen Frieden kann man in der Praxis bei dem Frieden mit Rumänien nicht sprechen. (Sehr richtig!) Auf das Formale kommt es dabei weniger an. Strafrechtliche Sühne für die Ermordung deutscher Gefangenen — ein bayerisches Regiment ist fast ganz vernichtet worden — verlangen auch wir. (Bravo!)

Abg. Warmuth (Deutsche Fraktion) äußert sich im Sinne der Vorredner und stimmt der Kommissionsberatung zu.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.):

Auch wir sind damit einverstanden, daß dieser Vertrag nach der ersten Lesung in die Kommission geht, da eine Anzahl von Fragen darin behandelt ist, die dringend noch der Aufklärung bedürfen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Der Hauptwiderspruch, den meine Freunde und ich gegen den Friedensvertrag zu erheben haben, ist eine Eigenschaft desselben, die den Herrn Grafen Westarp und Herrn Stresemann zu heller Begeisterung gelockt hat, als sie nämlich erklärten, jetzt müsse man doch zugeben, daß

von einem annexionistischen Frieden nicht mehr geredet werden könne.

Da haben die Herren vollkommen recht. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Dies ist kein annexionistischer Friede, dies ist kein Friede der Verständigung, sondern dies ist ein Friede, der mit Ausnutzung der Nachmittel einem darniederliegenden Feind aufzuzwingen worden ist, und der so weit geht, verheerende Entschädigungen, wie der Herr Abg. Stresemann sehr schön ausgeführt hat — er hat auch da wieder in die Seele der Regierung hineingelesen — zu bieten, und der direkte Annexionen auspricht. Die Annexionen, die da vorgenommen sind, zerfallen in zwei Hauptgruppen: die einen, die Ungarn zugeteilt sind, und die anderen, die Bulgarien direkt und eventuell in späterer Zeit zufallen sollen. Was die Grenzregulierung zugunsten Ungarns und der Bukowina anbetrifft, so sind es allerdings in der Hauptsache sogenannte strategische Grenzberichtigungen, als deren Zweck angegeben wird, daß sie bei künftigen Kriegen die Oesterreicher in bezug auf eventuelle rumänische Angriffe günstiger stellen als früher. Wenn man sich die Grenzregulierung, die uns ja auch in dieser Karte zugänglich gemacht ist, genau ansieht, so findet man, daß in den meisten Fällen allerdings unbewohnte Waldzonen in die neue Grenzlinie eingezogen sind. Was unseren allerentschiedensten Widerspruch herausfordert, das ist die Art und Weise, wie die

Dobrußscha-Frage

behandelt worden ist. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Der Herr Abg. Gröber meinte, auf die Dobrußscha habe Bulgarien deshalb einen unbedingten Anspruch, weil geographisch die Dobrußscha zu Bulgarien gehöre, mit anderen Worten, daß die Bevölkerung der Dobrußscha überwiegend, wenn nicht ausschließlich, bulgarisch sei. Das ist ein Irrtum. (Zuruf im Zentrum.) Auch nicht die Norddobrußscha, soviel ich unterrichtet bin. Ich glaube, die Bulgaren behaupten das selber nicht, trotzdem sie in bezug auf ethnographische Ansprüche für ihre Interessen eine immer sehr weitherzige Auslegungskunst besitzen. Soviel ich unterrichtet bin, ist von der Norddobrußscha nur die Umgegend von Tul-kalea wesentlich bulgarisch und dann der Südtteil, der erst im Frieden von Bukarest 1913 an Rumänien abgetreten wurde, sonst überwiegend in der ganzen Dobrußscha die anderen Bevölkerungsteile, wie Tataren, Rumänen, zum Teil deutsche, tschechische und ukrainische Kolonisten. Also ein so unbedingter Anspruch besteht für Bulgarien nicht, obgleich es einen Anspruch auf historisch sehr weit zurückliegende Besitzverhältnisse machen kann. Trotzdem läßt sich darüber sprechen, ob diese Landesteile Bulgarien zugeteilt werden sollen, aber nach unserer Auffassung muß die Entscheidung darüber in die Hände der Bevölkerung jener Landesteile gelegt werden. (Lebh. Zustimmung b. d. U. Soz.) Das ist eine derjenigen Gelegenheiten, wo alles dafür spricht, daß man nicht am grünen Tische nach der Methode des Wiener Kongresses, die jetzt wieder auflebt, hier in den verschiedenen Verhandlungsorten die Regierungen und Regierungsvertreter über fremde Völkerschaften verfügen läßt, sondern den Völkern selber die Bestimmung gibt. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Wenn der Herr Abg. Gröber und die anderen Herren, die die Ueberweisung an Bulgarien befürworten, recht haben, wird ja die Bevölkerung sich dafür entscheiden. Sie kann sich vielleicht auch dafür entscheiden, wenn nicht die Mehrheit bulgarisch ist, sondern wenn sie aus wirtschaftlichen und anderen Rücksichten den Anschluß an Bulgarien wünscht. Wenn aber da eine neue Irredentia geschaffen wird, so wäre das ein schwerer politischer Fehler.

Nun kommt noch dazu: Es stellt sich heraus — eine sehr interessante Erscheinung! — die Völker hat man nicht gefragt, aber die Regierungsinteressenten können

sich nicht untereinander einigen, und deshalb sind wir auf dieses von den verschiedenen Fraktionen des Hauses beiläufige Ausschussmittel des Kondominiums verfallen. Die Spuren schreien! Einer der Herren hat schon darauf hingewiesen: gerade preussisch-deutsche Staatsmänner, österreichische Staatsmänner sollten an dem

Kondominium über Schleswig-Holstein

doch gerade genug haben. Es ist nach meiner Auffassung auch weiter nichts als ein veraltetes Ausschussmittel, und soviel ich die Herren von der Regierung bei früheren Aussprachen verstanden habe, wünschen sie, die Rolle der christlichen Mächte zwischen Bulgarien und der Türkei zu spielen. Es erhebt außer Bulgarien kein Land Anspruch darauf; die Türken wollen nur auf andere Weise kompensiert werden, und wenn wir auf dieses Gebiet kommen, so kommen Sie in eine unerlöste Verteilung von fremden Landesstellen mit fremder Bevölkerung hinein und schaffen überall Irredenten. (Sehr wahr! v. d. U. Soz.) Irredenten tragen immer den Bazillus neuer Kriege in sich (Zustimmung v. d. U. Soz.), und diese Bazillen können sich ganz außerordentlich rasch so vermehren, daß eine akute Kriegsfrankheit die Folge sein wird. Jetzt, meine Herren, — deshalb gehe ich auf diesen Punkt ein — besteht die Möglichkeit, da ja die Dobrußafrage nicht erdgültig durch den Friedensvertrag geregelt, sondern offen gelassen ist, daß für die Dobrußa das Ausschussmittel der Volksabstimmung vorgesehen wird. (Sehr wahr! v. d. U. Soz.) Damit müssen sich sowohl Bulgarien, wie die Türkei zufriedengeben.

Im Zusammenhang damit steht die Anweisung auf eine Zukunftsannexion, die Rumänen so unter dem Tisch in die Hand gedrückt wird. Offen wird das nirgends ausgesprochen, nur in einem Artikel, der sich mit der Schulfrage befaßt, wird angedeutet, daß ja auch

Belgien unter Umständen in die Hände Rumäniens

fallen könne und dann gewisse Schulfragen in diesem oder jenem Sinne gelöst werden müssen. Aber man weiß: es ist dem Rumänen zugesagt. Wie weit die Zusage geht, darüber haben wir noch keine Auskunft erhalten, aber es ist den Rumänen zu verstehen gegeben, sie könnten Belgrad kriegen, und sie selber sind darauf schon an zu annektieren, genau so, wie die Türken Persien, Barm und Gedahan annektiert haben, trotzdem ihnen der Friedensvertrag nicht das Recht dazu gibt, sondern nur eine Verhandlung über diese Angelegenheit in Aussicht nimmt. Wie das gelöst werden soll, steht auch noch dahin. Auch das ist eine Frage, m. H., wo die beharabische Bevölkerung zu entscheiden haben wird. (Sehr richtig! v. d. U. Soz.), aber nicht irgendwelche Interimskommissionen, ob sie nun deutschen, österreichischen, bulgarischen, türkischen oder sonst welchen Stammes sind, das ist gleich. Das Volk Beharabiens soll selber entscheiden, wohin es gehören will. Deshalb erhebe ich an dieser Stelle gleich bei der ersten Lesung des Vertrages Protest dagegen, daß hier am grünen Tisch über die Zukunft eines ganzen Volkes entschieden werden soll.

Eine Volksabstimmung ist eine einfache Sache, die im Handumdrehen erledigt werden kann, wenn man nur den guten Willen dazu hat. Diesen guten Willen bei der deutschen Regierung hervorzuufen, dazu sind meine Freunde und ich sehr gern bereit, und wir werden uns nach Kräften in der Richtung bemühen.

M. H., dann habe ich auf einige andere politische Fragen einzugehen, bei denen sich gleichfalls das Bedürfnis schleuniger Aufklärung und eventueller nachträglicher Regelung herausstellt. Ich komme auf das heftige Kapitel, das die Gleichstellung der Religionsbekenntnisse in Rumänien betrifft. Der Herr Abg. Gröber hat in ganz zutreffender Weise nach meiner Auffassung die Konsequenzen daraus gezogen, daß hier die Gleichstellung der Religionsbekenntnisse unter gewissen Umständen gefordert wird, daß die Regierung sich so eifrig darum bemüht, dieselbe Forderung auch in Deutschland zu stellen. Das ist ganz meine und meiner Freunde Meinung. Wir arbeiten ja seit Jahren für absolute religiöse Toleranz. Aber des höchsten hat es uns erfaunt, daß Herr Graf Westarp die Sache überhaupt nicht berührt haben wollte, und daß Herr Stresemann daran sogar Anstoß nahm. Das ist natürlich äußerst charakteristisch. Herr Stresemann sagte daß als eine parteipolitische Sache an; er meinte:

für Toleranz ist man, wenn es der Partei nicht;

(Sehr richtig! v. d. U. Soz.) wenn aber die Partei kein Interesse daran hat, dann sei man intolerant. Auf diesem Standpunkt stehen wir nicht, und ich hoffe, daß auch der Herr Abgeordnete Gröber nicht darauf steht, daß er die Sache nicht als Parteiangelegenheit, sondern als notwendiges Ergebnis der allgemeinen Toleranz, Grundfrage, wie hier die deutsche Regierung vertritt. Unserer Ueberzeugung nach ist allerdings die Konsequenz dieser Formulierung die, daß auch bei uns in Deutschland das getan wird, was hier gefordert wird. Herr v. Kühlmann nicht, er stimmt mir freundlichst zu, und daraus darf ich wohl die Schlussfolgerung ziehen; wenn jetzt in Rumänien christliche Dissidenten, Freidenker usw. durch die Regierung bedrängt werden, indem der Staat ihre Kinder in den Religionsunterricht irgendeiner Staatschule oder sonstigen anerkannten Schule hineinzwängen will, dann ist auf Antrag die deutsche Reichsregierung berechtigt und verpflichtet, zugunsten dieser Benachteiligten einzutreten. — Da Herr v. Kühlmann schon im voraus genickt hat und jetzt nicht widerspricht, freue ich mich, daß er diese Bestimmung anerkennt. (Weiterleit.) Wir dürfen aber erwarten, daß in Rumänien nunmehr die Freidenker und Freireligiösen von dieser ungeheuerlichen, jeder Toleranz widersprechenden Drangsalierung, daß sie ihre Kinder in die Schulen anderer Religionsbekenntnisse schicken müssen, befreit sind. Ich ziehe aber daraus mit dem Herrn Abgeordneten Gröber die Schlussfolgerung: was die Reichsregierung den Rumänen auferlegt hat, das muß sie selbstver-

ständlich bei sich zu Lande gleichfalls durchführen (Sehr richtig! v. d. U. Soz.) Dann, m. H., komme ich mit einigen Worten auf den Artikel 28, der aus den allgemeinen Toleranzforderungen eine spezielle Folgerung zieht, daß nämlich die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses in Rumänien keinen Einfluß auf die rechtliche Stellung der Einwohner, insbesondere auf ihre politischen und bürgerlichen Rechte ausüben soll. Dieser erste Satz ist sehr erfreulich und konsequent. Ich stimme ihm durchaus zu. Der zweite Satz, der dann kommt, macht erstaunlicherweise eine rechtliche Einschränkung; er befaßt sich mit den Juden. Daß wir diesen Artikel bekommen haben, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß die rumänische Regierung ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen im Berliner Vertrage nicht erfüllt, sondern sie in ungleichmäßiger Weise umgangen hat, indem sie die Juden für staatenlos erklärt hat. Was sagt nun der zweite Absatz? Da heißt es, nachdem in dem ersten Absatz festgestellt ist, daß die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses in Rumänien keinen Einfluß auf die Rechtsstellung der Einwohner ausüben soll: Zu diesem Zwecke wird in Rumänien bis zur Ratifikation des Friedensvertrages ein Gesetz erlassen werden, wonach jedenfalls alle Staatslosen, die am Kriege, sei es im aktiven Militärdienst, sei es im Hilfsdienst, teilgenommen haben oder die im Lande geboren und dort ansässig sind und von dort geborenen Eltern stammen, ohne weiteres als vollberechtigte rumänische Staatsbürger angesehen werden. Das ist eine Einschränkung. Nicht allen Juden soll in Konsequenz des ersten Absatzes Gleichberechtigung gewährt werden. Denjenigen, die nicht dort geboren sind, die nicht am Kriege teilgenommen haben, wird diese Gleichberechtigung verweigert. Also jüdische Staatsbürger, die zugezogen sind, sollen von diesem Rechte ausgeschlossen sein. M. H., da öffnen Sie der rumänischen Regierung eine Hintertür, oder die rumänische Regierung hat auf dieser Hintertür bestanden, damit sie die Möglichkeit hat, eine große Anzahl von Juden genau so rechtlos zu halten wie früher. Es mühte vor der Ratifikation des Friedensvertrages bei der rumänischen Regierung darauf hingewirkt werden, daß auch die andere Kategorie noch vor der Ratifikation des Friedensvertrages zur vollen Gleichberechtigung gelangt. (Sehr richtig! v. d. U. Soz.) Damit, daß eine Bestimmung in den rumänischen Friedensvertrag eingefügt wird, die die deutschen Schulen schützt, sind wir alle einverstanden. Alle Parteien, auch wir, sind für jede Rechtsverletzung, die den natürlichen Bedürfnissen entspricht, jederzeit zu haben. Wir verlangen diese Rechtsverletzung, die den natürlichen Bedürfnissen eines Volkes entspricht, auch bei uns im Lande. (Sehr wahr! v. d. U. Soz.) Nun weiß ich allerdings: die alldeutsche Sinesart steht auf dem Gewaltstandpunkt, nur das Deutschtum mit allen Gewaltmitteln des Staates zu fördern, wie sie das nennt. Dadurch schädigen Sie sich auf das Schwerste. Die diskreditierten das Deutschtum moralisch, wenn Sie Gewaltmittel anwenden zur Unterdrückung fremder Völker. Im Interesse des Deutschtums ist das nicht. Denn, wenn die deutsche Regierung zwar in Rumänien für die Deutschen die Gleichberechtigung der deutschen Sprache durchsetzt, aber bei sich zu Hause der Gleichberechtigung ins Gesicht schlägt und die Polen, die französischen Sprechenden Lothringen und die Dänen in Nord-Schleswig in ihrer Muttersprache beschränkt und ihnen den Gebrauch ihrer Muttersprache in den Schulen unmöglich macht, so beschwört sie damit eine

Feindschaft gegen das Deutschtum

in der ganzen Welt heraus, die die bedenklichsten Folgen für Deutschland, das deutsche Volk und alle Deutschsprechenden in der ganzen Welt haben muß. (Sehr richtig! v. d. U. Soz.) Da hat gerade der heutige Tag eine Nachricht gebracht, die die deutsche Regierung zum Nachdenken bewegen müßte. In Indianapolis hielt der amerikanische Vizepräsident Marshall in der demokratischen Staatskonvention eine Rede, in der er die Forderung aufstellte, daß der Unterricht in der deutschen Sprache in den Staatsschulen der Vereinigten Staaten abzuschaffen sei (Hört! v. d. U. Soz.), damit das amerikanische Volk durch eine einheitliche Sprache zusammengeschweißt werde. M. H., das müßte für jeden Deutschsprechenden, für jeden Deutschen, der das Deutsche als Muttersprache spricht und selbstverständlich ein Gemeinheitsgefühl mit allen Deutschsprechenden in der ganzen Welt hat — außerordentlich schmerzhaft sein. Es ist jedenfalls in den Vereinigten Staaten von Amerika eine außerordentlich starke deutschsprechende Bevölkerung, und die wird jetzt mit der Entrechtung bedroht, ihre Kinder in ihrer Sprache unterrichten zu lassen; sie wird bedroht mit der Angliederung durch das Mittel der Unterrichtssprache. Das Abscheuliche aber ist: die deutsche Reichsregierung hat

das Recht verweigert, dagegen Einspruch zu erheben.

Die deutsche Regierung und Sie, m. H., von den Mehrheitsparteien dieses Hauses, haben das Recht verweigert, dagegen Einspruch zu erheben (Sehr wahr! v. d. U. Soz.), weil Sie im Zustand anderssprachiger Völker in derselben Weise vergeblichen lassen. (Sehr wahr! v. d. U. Soz.) Da zeigt sich, wie furchtbar sich an unsrer eigenen Fleisch und Blut, an unsrer Sprachverwandten, an den Deutschsprechenden der ganzen Welt Ihre Verheerung und tödliche Politik der gewaltsamen Germanisierung rächt, die Sie hier im Lande betreiben.

Die Herren aus dem Hause, die gesprochen haben, sind über alle diese Fragen gleichgültig hinweggegangen. Aber einige Herren haben sich mächtig gegen die Rumänen entrüstet und haben

Strafen verlangt für die Menschenhinder,

die deutsche Gefangene mißhandelt haben. Daß Menschenhinder, die Gefangene mißhandeln, bestraft werden, damit sind wir durchaus einverstanden. (Sehr wahr! v. d. U. Soz.) Aber nicht bloß in Rumänien sollen sie bestraft werden, sondern auch bei uns. (Sehr wahr! v. d. U. Soz.) Aber in

diesem Drange, zu strafen, was unrecht ist, sind die Herren dann noch auf andere Sünden in Rumänien eingegangen. Da hat es mit ein Gefühl der Freude und Befriedigung gemacht, daß unsere Auffassung, daß die Dynastien äußerst schädlich sind und beseitigt werden müssen, wo man ihnen Schädigungen des Volkswohls nachweisen kann, selbst beim Grafen Westarp begeisterte Zustimmung gefunden hat. (Weiterleit v. d. U. Soz.) Herr Graf Westarp sprach sein schmerzliches Bedauern darüber aus und hielt es für einen peinlichen Gedanken, daß dieser Vertrag abgeschlossen worden sei mit der gegenwärtigen Dynastie der Hohenzollern in Rumänien (Weiterleit v. d. U. Soz.), und der Herr Abgeordnete Stresemann hat das noch deutlicher ausgedrückt, indem er meinte, die Leute müßten beseitigt werden. Auch da bin ich für Generalisierung. (Weiterleit v. d. U. Soz.) Weshalb bei Rumänien stehen bleiben? Die Dynastien richten überall Unheil an. Da aber heute bloß Rumänien auf der Tagesordnung steht, will ich nicht die Parallelziele ziehen. Aber mich interessiert die Frage gegenwärtig nur, weil sie zeigt, daß auch die sogenannten Monarchisten nicht auf dem Standpunkt stehen, die Monarchien oder Dynastien unbedingt am Ruder zu erhalten. Die beiden Herren, Graf Westarp und Dr. Stresemann haben indirekt oder direkt — das ist mir ganz klar — die Rumänen aufgefordert, diese Dynastie zu beseitigen. Ich habe gar nicht dagegen, es ist immer ein gutes Beispiel. (Erregter Juror rechts. — Weiterleit v. d. U. Soz.) Bitte sehr, Sie haben dazu aufgefordert, Herr Graf Westarp. (Weiterleit v. d. U. Soz.) Ich ziehe nur die Konsequenz aus ihrer Aufforderung. (Stode des Präsidenten.)

Also, m. H., insofern als Mitglieder von Dynastien nachweislich durch Anstiftung von Kriegen, durch Verlängerung von Kriegen oder durch sonstige volkschädigende Taten sich eines schweren Verbrechens am Volkswohl schuldig gemacht haben, müssen sie selbstverständlich beseitigt werden.

Aber die Herren sind auch noch weiter gegangen, sie haben nicht bloß gegen die Dynastie mobil gemacht, sie haben überhaupt gegen Rumänien

gegen das rumänische Volk Strafe

heraufbeschwören wollen: durch Kriegsschädigungen, durch die Annektionen muß auch das rumänische Volk bestraft werden, weil es diesen Treubruch, wie sie sich ausdrücken, zugegeben hat. Ich stimme Ihnen insofern zu, daß zweifellos die Handlung der rumänischen Regierung gegenüber ihren bisherigen Verbündeten als ein Treubruch angesehen werden kann. Sie widersprach früheren Verträgen. Aber nun nach einer Bestrafung des ganzen Volkes und Staates zu rufen, das ist eine Konsequenz, die ich nicht für richtig halte. Vor allen Dingen möchte ich Ihnen in Ihrem eigenen Interesse dringend anraten, etwas vorsichtig in der Forderung zu sein, durch den Krieg, durch einen Siegesfrieden eine Strafe für einen Staat und ein Volk wegen des Vertragsbruchs seiner Regierung zu verlangen. Sie wissen, das ist, wie ein englisches Sprichwort sagt, ein Spiel, an dem beide Parteien spielen können, und

beide Parteien verlieren dann daran.

Die Forderung, daß Deutschland dafür bestraft werden müsse, daß die deutsche Regierung ihre Vertragsverpflichtungen gegenüber Belgien gebrochen hat, reicht gar nicht ab. Es ist eins der beliebtesten Redethemen der Herren Wilson, Lloyd George und Clemenceau, daß Deutschland, daß das deutsche Volk für den Vertragsbruch gegen Belgien bestraft werden müsse mit irgendwelchen Gebietsentziehungen oder mit Entschädigungen oder damit, daß man es dauernd unter einer Art Schuldnechtschaft und Arbeitszwang halten müsse. Die Leute sind noch viel phantastischer als Sie, wenn es auf die Ausmalung und Strafen ankommt. Das eine ist ebenso ungerechtfertigt wie das andere. Man kann nicht Söldner wegen solcher Vorkommnisse bestrafen. Das würde zu unabwehrbaren Strafexpeditionen von beiden Seiten, zu endlosen Strafexpeditionen, Revanchekriegen usw. führen; denn das ist ja das Charakteristische: Jede Seite glaubt immer, sie sei im Recht zum Vertragsbruch, nur die andere Seite nicht, und die müsse dafür bestraft werden. M. H., wie Sie ja in Ihrer ganzen imperialistischen Politik nur schwächliche Kopien und Nachahmer der englischen imperialistischen Politik sind, so ahmen Sie ja auch hier die Engländer wieder nach. Sie haben das traditionell seit Cromwells Zeiten in den Gläubern. Seit Cromwells Zeiten haben die Engländer keinen imperialistischen Krieg geführt, wo sie sich nicht als ausführendes Organ als Arm des strafenden Gottes betrachteten, der die anderen vertragbrüchigen, unchristlichen und sonst verwerflichen Völker durch imperialistische Eroberungskriege bestrafen mußte. Sie sollten deshalb so viel Einsicht gewinnen, daß es grundverkehrt ist, sich auf dieses Gebiet zu begeben. Wir haben nicht danach zu rufen, daß irgendwelche fremden Völker und Staaten durch die deutschen Waffen, durch einen Niederzwangsstieg bestraft werden, sondern wir haben dahin zu arbeiten, daß mit allen Völkern ein Friedens- und Freundschaftsvertrag geschlossen und dann auch in Frieden und Freundschaft gelebt wird, nicht aber in den Frieden selber Racheaktionen hineingearbeitet werden und nachträglich noch durch ganze Generationen hindurch die Rache über diese misserthigen Völker verhängt wird. (Sehr wahr! v. d. U. Soz.) Wenn ich diese Ausführungen hier gemacht habe, so gebe ich mich nicht einen Augenblick der Hoffnung hin, daß Sie davon belehrt werden. Aber ich halte es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß Sie auch auf diesem Gebiet eine vollkommen verkehrte Politik treiben, und wenn die deutsche Reichsregierung irgendwie auf die Aufstachelung dieser Racheaffäre etwas geben wollte und ihre

Aus der Bewegung.

Zur Toischweizetaktik des Vorwärts. Unsere Festmangelung der skandalösen Parlamentsberichterstattung des „Vorwärts“ beantwortet die Redaktion dieses „Zentralorgans für den Regierungsozialismus“ wie folgt:

„Eine kuriose Beschwerde. Das „Berliner Mitteilungsblatt“ der Unabhängigen beschwert sich, daß wir den Dauerreden der unabhängigen Parlamentarier nicht genügend Raum widmen. Dieselben Leute, die gegen den „Vorwärts“ den Boykott predigen, scheinen also doch nicht ganz frei von der Eitelkeit, sich im „Vorwärts“ gedruckt zu sehen. Im übrigen können sich die Unabhängigen selber sagen, daß die erste Folge des Boykotts, wenn er wirksam wäre, sein müßte, uns zu Raumeinschränkungen zu zwingen; und da halten wir doch das uns vom „Mitteilungsblatt“ gestellte Ansinnen für etwas unvertreten, daß wir die Reden unserer eigenen Abgeordneten unter den Tisch fallen lassen sollen, damit die Reden unserer Boykottierer in vollem Glanze prangen. Das Mitteilungsblatt erinnert uns an jenen Hotelgast, der erst die Fenster-scheiben zertrümmerte und dann das Beschwerdebuch verlangte, weil es ihm jog.“

Wie der Tintenfisch das Wasser trübt, um sich der Verfolgung zu entziehen, so sucht die Vorwärts-Redaktion ihre skandalöse Berichterstattung mit einer Verschiebung der Sachlage zu rechtfertigen. Die Tatsachen liegen aber zu klar zu Tage, als daß es der Redaktion gelingen könnte, sie durch Verdrehungslust sicher aus der Welt zu schaffen. Der „Vorwärts“ hat es fertig bekommen, die Entgegnung Hirschs gegen die Angriffe Adolf Hoffmanns zu bringen, ohne den Lesern auch nur mit einem Worte zu sagen, was Hoffmann eigentlich gesagt hat. Selbst bürgerliche Blätter, wie die „Deutsche Tageszeitung“, die aus dem Gebiete tendenziöser Berichterstattung etwas los haben, können mit der parlamentarischen Berichterstattung des „Vorwärts“ nicht konkurrieren. Sie bringen wenigstens einige Sätze aus Hoffmanns Rede, der „Vorwärts“ dagegen erwähnt nicht einmal, daß Hoffmann gesprochen. Und das verteidigt ein Blatt noch, das vorgibt, objektiv zu berichten und die Leser zu informieren.

Sein 25jähriges parlamentarisches Jubiläum konnte am 24. Juni Herr Richard Fischer begehen. Seine Getreuen hatte er am Sonntag um sich gesammelt. Es würden ihm reichlich Lorbeeren gespendet. Er selber meinte in einer Rede, daß er bestrebt gewesen sei, immer die Interessen des arbeitenden Volkes zu wahren. In diesen Freudenbecher müssen wir einen Vermutstropfen träufeln. Fischer hat in der hinterhältigsten Weise die Berliner Genossen um ihr Blatt bringen helfen. Ganz abgesehen von seiner politischen Betätigung ist diese Tat allein schon geeignet, ihn zum Vertreter Berliner Arbeiter gänzlich ungeeignet erscheinen zu lassen. Ein Glück für ihn, daß die Legislaturperiode immer wieder verlängert worden ist. Für die Berliner Arbeiter ist Herr Fischer erledigt. Darauf kann er sich verlassen. Er hat sich selbst gerichtet.

Die Abhängigen in Teltow-Beeskow haben am letzten Sonntag ihre Generalversammlung abgehalten. Nach einem Bericht sind aus 26 Seiten 63 Delegierte amwesend gewesen. Die Mitgliederzahl betrug 3192 (2376 männliche und 816 weibliche). Die Gemeindevorstände hatten ihnen Erfolge gebracht. Trotz aller Schwierigkeiten geht es vorwärts. Von Treptow-Baumhuldenweg lag ein Antrag vor, Stellung zu nehmen, ob auf Grund der gegenwärtigen politischen Situation eine weitere Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion noch geboten erscheint. Der Antrag wurde dahin erledigt, daß er dem Kreisvorstand zur gemeinsamen Erledigung mit dem Bezirksvorstand überwiesen wurde. Zu Vorsitzenden wurden Franz Thurow und Franz Krüger gewählt. Der Sekretär Groger ist nach Frankfurt a. M. gegangen, seine Stelle wurde nicht wieder besetzt. Paplo wird die Geschäfte allein besorgen.

In Karlsruhe fand am Sonntag die erste öffentliche Versammlung der unabhängigen Sozialdemokratie statt, in welcher Genosse Vogtherr-Berlin das politische Referat erstattete. Die Reformsozialisten beeinflussten den Besuch durch die Beizgerung, eine Versammlungsanzeige in den „Vollstreuer“ aufzunehmen. Die bürgerliche Zeitung „Bad. Presse“ nahm dann das Inserat auf. Die Regierungsozialisten, die den Jargon der Jhrigen zum Kolosseumsaal fernhielten, hätten sich dort davon überzeugen können, daß eine aus Arbeiterkreisen aufgebotene Zuhörerschaft in größerer Zahl sich eingeschrieben hatte, als das Auditorium sie aufzuweisen hatte, welches zu der so reklamehaft inszenierten bürgerlich-sozialistischen „Imposanten“ Parteifeier angetreten war. Es sind gegen 400 Arbeiter — darunter leider nur wenige Frauen — erschienen und haben der Rede des Genossen Vogtherr sowie den anfeuernden Worten des Versammlungsleiters, Abg. Sedlitz, ihren Beifall gespendet. Eine Diskussionsaufgelegt Zeller für einen freiwilligen Beitrag zu den Kosten der Veranstaltung sind gegen 80 Mark gesammelt worden; auch wurden Anmeldungen zur Organisation gemacht.

Wir Karlsruher Genossen des „Grüppchens“ Dvertreiber“ können mit diesem ersten Auftreten recht zufrieden sein.

Die Regierungsozialisten sind gleichzeitig vollauf mit der Agitation zur Landtagswahl beschäftigt, die am 27. d. Mts. stattfindet, um einen Kandidaten in der Person des Freiburger Volksrechtredakteurs Anton Weichmann in die 2. Kammer zu senden. Innerhalb 3 Tagen erledigt der Kandidat in vier Versammlungen die ganze

Politik danach einrichten wollte, so würde das die verhängnisvollste Wirtung für Deutschland und seine ganze Stellung in der Welt haben. Alle die Radeschreiereien der imperialistischen Politiker in und außerhalb der Regierung beschränken uns in der Ueberzeugung, daß von den kapitalistischen Regierungen, die ihre imperialistischen Ziele im Interesse der Geldmächte auch bei den Friedensverhandlungen wahrzunehmen suchen, ein wirklicher Friede des Ausgleichs und der Versöhnung nicht zu erwarten ist. Diese Friedensschlüsse, die wir jetzt bekommen haben und der Friedensschluß, der uns vorgelegt ist, sind nur Waffenstillstände, die neue Kriege in ihrem Schoße tragen

und neue Kriege gebären müssen, deshalb verlassen wir uns auch nicht auf die Majorität des Reichstages, sondern wir verlassen uns darauf, daß in allen Völkern unter den Proletariern mehr und mehr der Entschluß wächst, die Friedensregelung in die Hand zu nehmen und einen dauernden, einen sozialistischen Frieden herbeizuführen, der uns ein für allemal gegen alle diese Greuel und Ungerechtigkeiten, gegen Vertragsbrüche und Schenklichkeiten der Kriegsführung sichert, die wir jetzt schon vier Jahre lang haben durchkosten müssen. (Beifall v. d. Unabh. Soz.)

Staatssekretär v. Kuhlmann: Ich will nur auf die wichtigsten Punkte, die in der Debatte erwähnt worden sind, eingehen. Dazu gehört vor allem die Frage der Nord-Dobrudscha. Wir alle stehen auf dem Standpunkt, daß das Provisorium seine natürliche Lösung dahin findet, daß den Wünschen des bulgarischen Volkes entsprechend die Nord-Dobrudscha mit Bulgarien vereinigt werde. Da es sich im vorliegenden Falle um Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Verbündeten handelt, von denen wir alle überzeugt sind, daß sie bei gutem Willen von beiden Seiten überbrückbar sind, so müssen wir, denen unsere beiden Verbündeten, Bulgarien und die Türkei, voll kommen gleich nahe stehen, sorgfältig alles vermeiden, was nach außen hin den Eindruck erwecken könnte, als begünstige die deutsche Politik die Wünsche und Ansprüche des einen auf Kosten des andern. Jeder solcher Gedanken würde nur dazu führen, die von uns gewünschte baldige Lösung der Frage zu verzögern und zu erschweren. Auf die Frage der Bestrafung der für die höchst bellagenswertesten Gesandtenerschuldigen Personen will ich hier nicht eingehen. Auch da wird die Beratung im engeren Kreise mit Darlegungen von Seiten der Regierung begleitet werden können, die allen berechtigten Wünschen vollkommen genügen. Es klang aus den Verhandlungen ein gewisses auch nach dem Friedensschluß dauerndes Mißtrauen gegen Rumänien hervor. Sicher kann nach den Erfahrungen dieses Krieges ein volles ungeheiltes Vertrauen nicht sofort wieder Platz greifen. Die Kritiker der öffentlichen Meinung werden auch weiter wartend der Entwicklung der Dinge in diesem früher befreundeten Lande gegenübersehen müssen. Aber dies zu erwarten darf nicht gekennzeichnet sein von einem ausgesprochenen Mißtrauen. Die Vorgeschichte des Krieges beweist einwandfrei, daß die Mehrheit des rumänischen Volkes widerwillig in den Krieg hineingetrieben ist von einer kleinen Schar teils leichsinniger, teils verbrecherischer Politiker und Geschäftsmänner. (Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Ganz wie in anderen Ländern auch! — Unruhe rechts. Zurufe rechts: Wo denn? Höchstens in Amerika!) Das bisherige Verhalten des rumänischen Kabinetts mit dem wir den Frieden abgeschlossen haben, gibt, soweit ich das übersehen kann, die Gewähr dafür, daß diejenigen Personen, deren Schuld bewiesen werden kann, zur Rechenschaft gezogen werden. Das muß geschehen aus dem freien Entschluß des rumänischen Volkes heraus, ohne jeden Versuch eines Drucks von außen. Ich glaube, die Chronikrede des eben eröffneten Parlaments gibt in dieser Beziehung einen günstigen Ausblick für die Zukunft.

Zum Schluß will ich noch den letzten Ausführungen des Abg. Ledebour aufs nachdrücklichste entgegenstellen. Das Haus Hohenzollern hat von jeher vorbildlich mit dem Volk in unigen Verein gearbeitet. (Lachen v. d. Unabh. Soz.) Ich glaube, daß in dieser schweren Zeit kein Deutscher anders als mit dem Gefühl von Verehrung und Dank zu unserem erhabenen Kaiser emporklicken kann. Die deutschen Fürsten, insbesondere die Hohenzollern stehen zu hoch, als daß Ausführungen, wie wir sie eben zu unserm Bedauern und mit Enttäuschung angehört haben, ihnen auch nur die Stiefel bespringen können. (Lachen v. d. Unabh. Soz. Bravo rechts.)

Die Debatte schließt. Abg. Stresemann (Reich.) (persönlich) bekräftigt, daß er nicht die Meinung vertreten habe, man solle einen unserer Verbündeten auf Kosten des anderen bevorzugen.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Ich weise zurück, daß Abg. Ledebour sich auf mich berief für seine Ausführungen, die wir geradezu als Schmach empfinden. (Beifall.)

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Staatssekretär hat den kampfhaften Versuch gemacht, nur seine Mißachtung auszudrücken, weil er mir sachlich nichts erwidern konnte. Graf Westarps Angriffe auf die rumänische Dynastie konnte ich mit Recht auf alle Dynastien ausdehnen, einschließlich der preussischen. (Lebh. Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

Der Friedensvertrag mit Rumänien wird dem Hauptauschuß überwiesen.

Der Gesandtenwurf, der Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer im Wege der Gnade niederzuschlagen gestattet, wird debattelos angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 1 Uhr. (Etat des Pensionfonds, Ergänzung des Besoldungsgelebes.)

Schluß 6 Uhr.

Vorstellungstätigkeit im Wahlkreis Karlsruhe-West. Die Vorstadt Mahlsdorf bildet den hauptstädtlichen Wahlbezirk. Auf Sonntag abend waren die Wähler zur großen Antrittsrede Weichmanns in das Gasthaus „Hirsch“ geladen, wo Kandidat Weichmann vor genau 20 Zuhörern, von denen etliche gar nicht wahlberechtigt waren, seine Wasser-lippe von einem Programm feierte. Die Arbeiter-schaft, die an der Aufstellung der Kandidatur gar keinen Anteil hatte, hat damit die heftigste Antwort an diesen un-demokratischen Regierungsozialismus erteilt! Es geht ganz buchstäblich totensoll zu.

Das außerordentliche Kriegsgericht in Mühlberg verhandelte am Montag, den 17. Juni gegen den abhängigen Parteisekretär Seemann und den Gewerkschaftsbeamten Kriese wegen Abhaltung einer Versammlung ohne behördliche Genehmigung. Seemann widerlegte diese Anschuldigung mit der — übrigens unrichtigen Behauptung — der unabhängige Sekretär Linde hätte ihm in Weiskau sechs seiner Mitglieder abgefangen und da sei er in Begleitung des Kriese hingefahren, um diese verhafteten Mitglieder aufzuklären. Er habe in der Versammlung 12 Frauen vorgefunden und sie über die Verhängung Lindes aufgeklärt. Sollte er sich dabei irgendwie vergangen haben, dann könne dieser Verstoß nur formaler Natur sein. — Mit der Begründung, daß der Ange-schuldigte sich nur in formaler Hinsicht vergangen habe, wurde Seemann zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, Kriese freigesprochen. Seemann hatte Glück, solch milden Richter zu finden.

Aus der Zeit.

Ein ungeheurer Beamter. Die Delegierten der Generalversammlung der Böhmer haben eine arge Enttäuschung erleben müssen. Der langjährige Kassierer des Verbandes Thiersfelder hat sich das Leben genommen. Er hatte sich schwere Veranrentungen zu schulden kommen lassen und scheint das lange geübt zu haben. Jetzt deckten die Revisoren den Beitrag auf. Thiersfelder spielte in Bremen eine große Rolle als Bekämpfer der Unabhängigen. Er konnte den Mund nicht weit genug gegen unsere Freunde auf-reißen. Es fällt uns nicht ein, die Abhängigen etwa für den Vorfall verantwortlich machen zu wollen, wie man überhaupt die Verfehlungen einer Person einer Partei nicht zur Last legen kann.

Rückkehr eines Toisgeglanten. Ein tragisches Geschick traf, wie der „Lühr. Waldbote“ erzählt, die Familie des aus G. stammenden Lehrers F. Legterer rücker zu Kriegsbeginn in das Feld und wurde amtllich als gefallen gemeldet. Die Leiche wurde überführt und ein prächtiges Denkmal schmückt die Grabstätte, an der die junge Witwe oft trauernd weilt. Die Frau hat sich jedoch vor einiger Zeit wieder verheiratet. Da traf dieser Tage die Kunde ein, F. befände sich auf der Rückkehr. Er ist nicht geflossen, sondern in Gefangenschaft gewesen, und seine Briefe sind bisher nie hierher gelangt. Den entsetzlichen Seelenzustand dieser Familie kann man sich denken. Wer aber mag die Leiche sein, die im Grabe ruht?

U. Hoffmann's Verlag

Theater-, Buch- und Musikalien-Literatur
G. m. b. H.

Berlin O. 27, Blumenstraße 22, 1.
(Geschäftszeit vom 1. Mai bis 30. Sept. von 10—2 Uhr.)

Durch Neuorganisation des Geschäfts
ist nun auch die Abteilung eines
Sortiments
angefügt.

Befellungen auf alle Erscheinungen
des Bücher- und Musikalienmarktes werden prompt
und zu Original-Verlegerpreisen ausgeführt.

Schriften-, Theater- und Musikalienkataloge
auf Wunsch gratis und franko.

Für Theateraufführungen, Unterhaltungs- und Bunte
Abende

Auswahllendungen
an Vereine bereitwillig. (Vereinsstempel ist der Be-
stellung beizubringen und die Nummer des Kataloges
anzugeben.)

Der Verlag übernimmt Heransgabe
und Vertrieb aller Buch- und Theaterliteratur, die
dem freien Gedanken und den Prinzipien der wahren
Sozialdemokratie nicht widersprechen.

Der freundlichen Unterstützung aller Gesinnungs-
genossen entgegensehend
D. D.

Gebundene Jahrgänge des Mitteilungsblattes für das Jahr 1917/18

Können im Verbandsbüro, Schillerstr. 5, zum Preise
von 12 Mark pro Band abgegeben werden.

St. Hubertus

Mahlsdorf-630, Inhaber J. Seidler,
am Walde gelegen.

Straßenbahn-Haltestelle Köpenick-Mahlsdorf.
Schattiger Garten, großer 600 Personen fassender Parkett-
saal, Spielwiesen in unmittelbarer Nähe.

Größeren Vereinen entgegenkommen.

Für unsere Jugend.

Die organisatorischen Voraussetzungen der Jugendarbeit.

Zu der Zeit, als die Jugend dem Gängelband der Erwachsenen, d. h. dem Jugendausschussapparat der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“, den Kampf ansagte, da handelte es sich in erster Linie um den Gegensatz in der grundsätzlichen Auffassung über die Jugendarbeit. Diese gegensätzliche Auffassung von dem Wesen, dem Wege und dem Ziel der proletarischen Jugendbewegung äußerte sich in der Hauptsache vorerst nur in allgemeinen Umrissen. Und da wieder trat besonders der Widerstand der Jugend gegen die praktische Belätigung der sonderbaren bürgerlichen und burgfriedlichen Auffassung von der Jugendarbeit durch die „Zentralstelle“ und die Zeitschrift „Arbeiterjugend“ hervor. Erst allmählich zeichneten sich die Konturen schärfer. Es trat mit der Zeit ein ganz bestimmtes, fest umrissenes Jugendprogramm hervor. Der Krieg, seine lange Dauer und seine Begleiterscheinungen sorgten dafür, daß dieser Entwicklungsprozeß noch beschleunigt wurde. Aber man kann nicht sagen, daß dieser Prozeß im einzelnen schon abgeschlossen ist. Die Jugendbewegung befindet sich in Wirklichkeit noch in der Gärung, kurz: der letzte Vorgang im Gärbotisch vollzieht sich jetzt. Es handelt sich aber, wie gesagt, nur noch um einzelne Fragen, die in der Jugendbewegung noch der Klärung bedürfen. In der Hauptsache sehen wir klar.

Die gegensätzliche Meinung von der Jugendarbeit führte schon in den Anfängen auch zur organisatorischen Trennung des oppositionellen Teils der Jugend von den selbstherrlich bestellten Vormündern, den Jugendausschüssen. Zum größten Teil hatte die Jugend zu dieser Zeit keine besonderen Jugendvereine, sondern es bestand die sogenannte lose Abbonnentengemeinschaft. Und dort, wo noch selbständige Vereine von den Behörden verschont geblieben waren, sorgten die Erwachsenen hauptsächlich durch den Einfluß der Gewerkschaften dafür, daß auch denen das Lebenslicht ausgeblasen wurde. Das organisatorische Ideal der gewerkschaftsuntertanigen „Zentralstelle-Schulz-Ebert“ war in Wirklichkeit auch nicht die selbständige Organisation der Jugend, sondern die organisierte Schulmeisterei der Erwachsenen, eben das Jugendausschussystem. Diesem Ausschussystem wurden von der zielbewußten freien Jugend fröhlich nicht nur Arme und Beine gebrochen, sondern es kostete ihm auch den Kopf. Fort mit der Bevormundung, war die Losung; die Jugendausschüsse wurden abgelehnt. Es war nach alledem also ganz natürlich, daß sich die Jugend für ihre Betätigung die organisatorische Form wählte, die neben der Selbständigkeit eine Gewähr für die größtmögliche Entfaltung aller ihrer Kräfte gab, und das war bisher die sogenannte feste Vereinsform.

Damit hatte man aber nur den äußeren Rahmen geschaffen, der an sich selbstverständlich schon alle möglichen Vorteile gegenüber dem alten Zustand, dem Jugendausschuss, bot. Er genigte auch, um die grundsätzliche Jugendarbeit zu betreiben, um die Jugend zu bilden und sie zum Kampf für ihre Rechte vorzubereiten.

Weil dieser äußere Rahmen alle diese Möglichkeiten bot, so kam auch die neue Jugendbewegung zum größten Teil bis auf die jetzige Zeit damit aus. Aber diese Möglichkeiten gehen nur bis zu einer gewissen Grenze. Es wird in den meisten Fällen nur ein bestimmter, nicht sehr großer Kreis der Jugend davon erfasst werden. Bisher wurde auch die Jugend geistig aber auch organisatorisch nicht viel mehr als in kleinen Zirkeln erfasst. Von diesem Stand der Dinge war sogar ein Teil unserer Jugend befriedigt, der von dem Gezanken ausging: Lieber wenig, aber gut. Man übersah bei dieser Ansicht, daß es noch viel besser ist, viel zu haben, die auch gut sein können.

Nun ist nicht zu verkennen, daß der Einfluß einer kleinen, aber weg- und zielklaren Schar von entscheidender Bedeutung bei einer Aktion ist, in der Massen mitwirken. Aber um eine solche Bewegung auf der Höhe zu halten, um sie erfolgreich zu Ende zu führen, um den Erfolg dauernd zu sichern, dazu bedarf es, daß die Massen auch bewußt mitwirken, daß sie mitfühlen, daß sie geistig die Dinge miterleben. Und daraus folgt, daß, wie überhaupt die Arbeiterbewegung, so auch

die Jugendbewegung ihre Mission nur erfüllen können als Massenbewegung. Darum muß auch unsere Jugendarbeit darauf gerichtet sein, die Massen der Jugend zu erfassen, und zwar organisatorisch und auch geistig. Keines von beiden allein.

Aus allen diesen Gründen wird die Jugendbewegung dazu kommen, dem äußeren Rahmen des selbständigen Jugendvereins einen inneren Halt, eine planmäßig betriebene Vereinsarbeit, die organisatorischen Voraussetzungen für die Jugendarbeit zu geben, die Vorbedingungen für eine Massenbewegung.

So betrachtet, gewinnt die organisatorische Arbeit innerhalb der Jugendbewegung eine viel größere Bedeutung, als ihr bisher beigemessen wurde. Mehr noch. Die Beschäftigung der Jugend mit der selbständigen organisatorischen Arbeit innerhalb des Vereins stellt sie vor Aufgaben, denen sie leichter gewachsen ist als der wissenschaftlichen Bildungsarbeit, die höhere Ansprüche an die Auffassung der Jugendlichen stellt. Die innere Vereinsarbeit weist der Jugend eine Tätigkeit zu, die sie für die Kämpfe, die unsere Jugend für ihre Rechte zu führen hat, früher fähig macht, wie die Bildungsarbeit, die in allererster Linie vorbereitet. So liegt diese Betätigung der Jugend dem Kampf viel näher, als der Bildung. Und weil innerhalb unserer Jugendarbeit Bildung und Kampf sich gegenseitig ergänzen und durchdringen müssen und die praktische Arbeit und Agitation für die Bewegung und unsere Weltanschauung die Jugend in Gegensatz bringt zum Unternehmertum, zu den bürgerlichen Jugendvereinen und zu den Sachwaltern des kapitalistischen Staates, und daraus folgend der Kampf erzeugt wird, so kommt dieser aktiven Mitarbeit der Jugend eine ebenso große Bedeutung zu, wie der Bildungsarbeit.

Dazu kommt noch eins. Der praktische Anschauungsunterricht, der unserer Jugend bei einer solchen Beschäftigung mit dem organisatorischen Aufbau und inneren Ausbau der Bewegung gegeben wird, läßt sie den Zusammenhang mit der Gesamtarbeiterbewegung und dann weiter die Zusammenhänge dieser mit dem ganzen gesellschaftlichen Leben spielend verstehen, schneller als es viele wissenschaftliche Vorträge vermögen. Tatsächlich wird hier praktisch das Prinzip des Arbeitsunterrichts angewandt und für seine Richtigkeit der Beweis erbracht.

Nun wird hier von einigen Freunden, die diese Dinge sicher nur oberflächlich betrachtet haben, eingewendet, daß bei der Betätigung der Jugend mit der inneren Organisation, der Verwaltungsarbeit mit ihrem Drum und Dran, den geschäftlichen Sitzungen und Versammlungen usw., sich die Arbeit ins Kleinliche verliert, daß unsere Jugend in selbstgeschaffenen Paragraphen untergeht. Nicht einmal die Gefahr liegt nahe. Es hieße unsere Jugend schlecht einschätzen, wollte man ihr unterstellen, daß sie sich die drückende Last der Paragraphen gefallen läßt. Sie braucht nicht einmal bewußt zu entscheiden, sie empfindet rein gefühlsmäßig, was zu viel ist. Und darum werden sich auch die organisatorischen Notwendigkeiten, die gleichzeitig die Voraussetzungen für die Jugendarbeit sind, durchsetzen.

P. Sch.

Es geht um eure Freiheit!

Was der bürgerlichen Jugendbewegung nicht gelungen ist, mit ihren christlichen, neutralen und nationalen Vereinen, die arbeitende Jugend für ihre Zwecke einzufangen, das soll die zwangswelke Einreihung der Jugend in die militärischen Jugendkompagnien besorgen. Die Freikonservativen haben im preussischen Abgeordnetenhaus folgenden Antrag gestellt:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, baldigst nach dem Kriege dafür zu sorgen, daß

1. die allgemeine Pflichtfortbildungsschule mit staatsbürgerlichem Unterricht für alle jugendlichen Leute bis zum vollendeten 17. Lebensjahre eingeführt wird,

2. die Einrichtungen für die militärische Vorbildung der Jugend (Jugendkompagnien) überall als Zwangseinrichtungen für das Alter von 16 bis 20 Jahren durchzuführen werden.“

Nicht etwa aus Liebe zur Jugend wird die Fortbildungsschule gefordert, der staatsbürger-

liche Unterricht, diese einseitige Beeinflussung der Jugend im Sinne der heutigen Wirtschaftsordnung, ist es, was beim Bürgertum eine solche Liebe zur Fortbildungsschule entflammen ließ.

Eine neue Gefahr!

Zu dem unter dieser Überschrift erschienenen Aufsatz wird uns von befreundeter Seite mitgeteilt, daß die Entstehung des Berliner Jugendamts im Gegensatz zu der Gründung von Jugendämtern in einigen anderen Städten nicht auf Anregung der von der bürgerlichen Jugendbewegung geschaffenen Ausschüsse für Jugendpflege zurückzuführen ist, sondern auf das Betreiben der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Seit langer Zeit erkannten unsere in der Stadtverwaltung mitarbeitenden Genossen, daß der Zerstückelung der kommunalen Jugendpflege ein Ende gemacht werden müsse durch Zusammenfassung aller auf die verschiedenen Zweige der städtischen Verwaltung zerstreuten Einrichtungen. Nirgends ist bei Schaffung des Berliner Jugendamts der Gedanke aufgetaucht, daß das Jugendamt als ein Mittel zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung Verwendung finden solle.

Ferner werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß im Berliner Jugendamt keine Vertreter der Kirche sitzen, daß dagegen Mitglieder dieses Amtes auch Genossen sind, die seit vielen Jahren in der Berliner Jugendbewegung mitgearbeitet haben. Diese Genossen stehen uns zu nahe, als daß angenommen werden könnte, sie würden auch nur eine Minute länger im Jugendamt verbleiben, wenn diese Organisation sich als Instrument der herrschenden Klassen gegen die Berliner proletarische Jugendbewegung misbrauchen lassen würde.

Es wird Sache der Berliner Arbeiterjugend sein, die Tätigkeit des Jugendamts genau zu verfolgen und mit der Kritik nicht zurückzuhalten, sobald sich die ersten Anzeichen dafür zeigen, daß das Berliner Jugendamt wird, was Jugendämter anderer Städte schon jetzt sind: eine Gefahr für die freie proletarische Jugend.

Zu obigen Darlegungen sei bemerkt, daß in dem angezogenen Aufsatz nicht gesagt war, daß bei Schaffung des Jugendamtes ausgesprochen worden sei, das Amt als ein Mittel zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung zu machen; es ist auch nicht behauptet worden, daß Vertreter der Kirche im Amt sitzen. Unsere Ansicht gründete sich auf Aeußerungen des neuen Jugendamtdirektors, die nach verschiedenen Richtungen zu den Bedenken Anlaß gaben, denen wir Ausdruck verliehen.

Eine Sonnenwendfeier staatsgefährlich?

Unsere Jugend hat es sich nicht nehmen lassen, wie alljährlich, ihre Sonnenwendfeier zu begehen. In Scharen waren die jungen Leute herbeigeeilt, trotzdem das Wetter garnicht dazu angetan war, die Freudenfeuer auf den Bergen anzuzünden. Aber nicht nur der Himmel war gegen unsere Jugend. Kaum hatte der festliche Teil begonnen, als auch schon ein junges Mädchen, das ein Gedicht vortrug, festgestellt, das Gedichtbuch beschlagnahmt und nach den Veranaltern gesahndet wurde. Nach einigen weiteren Feststellungen zogen die Beamten ab, da sie sich anscheinend unter der großen Schaar der Jugend nicht wohl fühlten. Jetzt endlich hatte auch der Himmel ein Einsehen und die Sonnenwendfeier konnte ihren — nur durch das beschlagnahmte Gedichtbuch gekürzten — Verlauf nehmen.

Veranstaltungen.

Verein „Arbeiterjugendheim Steglitz-Friedenau“.
General-Versammlung am Dienstag, den 2. Juli, abends 7/9 Uhr, bei Clement, Steglitz, Duppelstraße 7. Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kassenbericht. 2. Beitragserhöhung infolge Mietsteigerung. 3. Verschiedenes. — Der wichtigen Tagesordnung wegen ersucht um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder.

Der Vorstand.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.
Druck: Maurer & Dinumid, Berlin, Köpenicker Str. 56-58.